



Leseprobe

Ian Kershaw

Achterbahn

Europa 1950 bis heute -
Vom Autor des Bestsellers
Höllensurz

»Derzeit gibt es kaum etwas Sinnvolleres
als die Lektüre dieses klugen Buches.«
Ulrich Herbert, Süddeutsche Zeitung

Bestellen Sie mit einem Klick für 38,00 €



Seiten: 832

Erscheinungstermin: 11. März 2019

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

www.penguinrandomhouse.de

Inhalte

- Buch lesen
- Mehr zum Autor

Zum Buch

Kershaws große Geschichte Europas im 20. Jahrhundert geht weiter

In seinem Bestseller »Höllenstein« hat Ian Kershaw meisterhaft die dramatische Geschichte Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erzählt. In seinem neuen Buch »Achterbahn« nimmt der renommierte Historiker nun die Jahre von 1950 bis heute in den Blick und spannt einen großen Bogen von der existentiellen Unsicherheit, die die Staaten Europas im Kalten Krieg durchlebten, bis zu den Herausforderungen, vor denen sie heute, in Zeiten ökonomischer und politischer Krisen stehen. Trotz einer bis heute andauernden Phase des Friedens, so Kershaw, sind die Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für Europa eine Achterbahnfahrt – voller Aufs und Abs, voller Nervenkitzel und Ängste. Und mit ungewissem Ausgang.



Autor

Ian Kershaw

Ian Kershaw, geboren 1943, zählt zu den bedeutendsten Historikern der Gegenwart. Bis zu seiner Emeritierung war er Professor für Modern History an der University of Sheffield, seine große zweibändige Biographie Adolf Hitlers gilt als Meisterwerk der modernen Geschichtsschreibung. Bei DVA sind außerdem von ihm erschienen »Hitlers Freunde in England« (2005), »Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg«

Ian Kershaw
ACHTERBAHN

Ian Kershaw

ACHTERBAHN

Europa 1950 bis heute

Aus dem Englischen von
Klaus-Dieter Schmidt

Deutsche Verlags-Anstalt

INHALT

VORWORT

9

EINFÜHRUNG

Europas zwei Epochen der Unsicherheit

15

EINS

Spannung und Spaltung

23

ZWEI

Die Herausbildung Westeuropas

71

DREI

Der Schraubstock

135

VIER

Gute Zeiten

197

FÜNF

Kultur nach der Katastrophe

249

SECHS
Herausforderungen

311

SIEBEN
Umbrüche

373

ACHT
Ostwind der Veränderung

441

NEUN
Die Macht des Volkes

495

ZEHN
Neuanfänge

553

ELF
Globale Herausforderungen

613

ZWÖLF
Krisenjahre

673

AUSBLICK
Eine neue Ära der Unsicherheit

745

DANK

775

AUSGEWÄHLTE BIBLIOGRAPHIE

777

SACH- UND PERSONENREGISTER

801

BILDNACHWEIS

827

VORWORT

Im Vorwort von *Höllenstein* schrieb ich, es sei das schwierigste Buch, an das ich mich jemals herangewagt hätte. Doch das war, bevor ich mich an *Achterbahn* setzte. Dieser zweite Band über die Geschichte Europas von 1914 bis in unsere Zeit stellte mich in Bezug auf Interpretation und Darstellung vor noch größere Probleme. Zum nicht geringen Teil lag dies daran, dass die europäische Geschichte zwischen 1950 und heute kein herausragendes übergreifendes Thema besitzt, das mit der offensichtlich zentralen Rolle der Weltkriege, die im Mittelpunkt des Vorgängerbands über die Zeit von 1914 bis 1949 standen, vergleichbar wäre. In *Höllenstein* folgte ich einem linearen Verlauf: in einen Krieg hinein und aus ihm heraus und dann noch einmal in einen Krieg hinein und aus ihm heraus. In der europäischen Geschichte seit 1950 lässt sich keine ähnlich geradlinige Entwicklung ausmachen, die ihre Komplexität angemessen beschreiben würde. Sie war voller Wendungen und Windungen, Auf und Abs und willkürlicher Wechselfälle, die einander zudem mit großem und immer rasanter werdendem Tempo ablösten. Die Geschichte Europas seit 1950 war eine Achterbahnfahrt, mit den damit verbundenen Nervenkitzel und Ängsten. In diesem Buch versuche ich zu zeigen, wie Europa in diesen Jahrzehnten von einer Epoche großer Unsicherheit in eine andere schlingerte.

Die Achterbahnmetapher hat ihre Grenzen. Immerhin fährt eine Achterbahn, trotz aller Anspannung und Erregung, auf einem festen Schienenstrang eine feststehende Runde zu einem bekannten Endpunkt. Vielleicht erscheint die Assoziation zu Vergnügungsparks auch zu trivial und oberflächlich für die Ernsthaftigkeit, Schwere

und häufig sogar Tragik der europäischen Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Aber sie erfasst die Wechselhaftigkeit, die atemberaubenden Augenblicke und das Gefühl, von unbeherrschbaren Kräften mitgerissen zu werden, die, wenn auch auf unterschiedliche Weise, praktisch alle Europäer in diesen Jahrzehnten erlebt haben.

Die Komplexität der Geschichte Europas in dieser Zeit stellt ein erhebliches Problem für die »Architektur« dieses Buchs dar. Hinzu kommt die über vierzig Jahre währende Teilung Europas durch den Eisernen Vorhang. In diesen Jahrzehnten existierte Europa allenfalls als Idee einer gemeinsamen kulturellen Identität (die freilich durch religiöse, nationale, ethnische und soziale Unterschiede fragmentiert war). Seine beiden Hälften – Ost- und Westeuropa – waren rein politische Konstrukte. Bis zum Sturz des Kommunismus zwischen 1989 und 1991 war die innere Entwicklung beider Teile des Kontinents derart unterschiedlich, dass man sie nicht auf kohärente Weise zusammenfügen kann. Auch danach unterschieden sich Ost- und Westeuropa erheblich, aber die Folgen der Globalisierung – die ein Hauptthema dieses Buchs bildet – ermöglichen es, sie nicht mehr getrennt, sondern zusammen zu behandeln.

Bei einem derart breit angelegten Werk wie diesem Buch muss man sich zwangsläufig stark auf die Forschungsarbeit und die Schriften anderer stützen, umso mehr, als ich nie speziell zu irgendeinem Aspekt dieser Periode geforscht habe. Sie durchlebt zu haben ist kein Ersatz dafür. Als ich dieses Buch zu schreiben begann, hat jemand angemerkt, es müsste mir doch leichtfallen, da die Periode mit meiner Lebenszeit zusammenfalle. Aber wer eine Geschichtsperiode durchlebt, sammelt Erinnerungen, die nicht nur hilfreich, sondern auch ungenau sein können und den Blick möglicherweise verzerren. An einigen wenigen Stellen habe ich in Anmerkungen persönliche Erinnerungen erwähnt, aus dem Haupttext aber herausgehalten. Meiner Ansicht nach sollte man persönliche Anekdoten und historische Einschätzungen voneinander trennen. Abgesehen von der Unzuverlässigkeit des Gedächtnisses, sind die meisten Alltäglichkeiten flüchtig

in ihrem Nachhall. Um die Bedeutung großer Ereignisse beurteilen zu können, bedarf es in der Regel nicht nur eingehender Kenntnisse, sondern auch einer gewissen Zeit, die man benötigt, um sie zu verarbeiten.

Deshalb sind die wissenschaftlichen Arbeiten anderer unverzichtbar, darunter eine Vielzahl von Studien über spezielle Themen und Aufsätzen in akademischen Zeitschriften. Im Vorwort zu *Höllenstein* habe ich eine Reihe ausgezeichnete allgemeiner Darstellungen der europäischen Geschichten des 20. Jahrhunderts erwähnt, zu der jetzt Konrad Jarauschs Buch *Out of Ashes* hinzugefügt werden muss. Speziell in Bezug auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ist Tony Judts *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg* das herausragende Werk. Timothy Garton Ashs Bücher, die erstklassigen Journalismus mit zeithistorischem Scharfblick verbinden, waren insbesondere in Bezug auf Mitteleuropa von unschätzbarem Wert. Auch eine ganze Reihe von Werken deutscher Historiker, wie Heinrich August Winkler, Andreas Wirsching, Hartmut Kaelble, Andreas Rödder und Philipp Ther, war äußerst hilfreich. Sie alle sind, neben anderen Schriften, die sich als besonders nützlich erwiesen haben, in der Auswahlbibliographie aufgeführt. Sie bilden indes nur die Spitze eines riesigen Eisbergs. Wie im Vorgängerband gibt es, entsprechend dem Format der Reihe *Penguin History of Europe*, keine Anmerkungen. Ebenfalls wie im ersten Band habe ich Schriften, denen ich Zitate entnommen habe, in der Bibliographie mit einem Sternchen gekennzeichnet.

Meine Herangehensweise bleibt diejenige von *Höllenstein*. Wie dort habe ich mich bemüht, dem Drama und häufig der Ungewissheit der sich entfaltenden Geschichte zu folgen, wobei ich gelegentlich zeitgenössische Ansichten über die Ereignisse eingestreut habe. Deshalb habe ich das Buch chronologisch aufgebaut, mit Kapiteln über relativ kurze Zeiträume, die ihrerseits in thematische Abschnitte unterteilt sind. In der kurzen Einführung werden die Grundzüge der Interpretation erläutert. Die ersten drei Kapitel behandeln die Unsicherheit der Nachkriegszeit, von den Spannungen des Kalten Krieges

und dem Aufbau der beiden einander gegenüberstehenden Blöcke von Ost- und Westeuropa bis zur Mitte der 1960er Jahre. Gegenstand der Kapitel vier und fünf sind der erstaunliche und lang anhaltende Nachkriegsboom und seine sozialen Auswirkungen sowie die Gabelung der Kultur – zwischen dem traurigen Erbe der jüngsten Vergangenheit auf der einen Seite und der bewussten Beschwörung einer neuen, modernen und erregenden Atmosphäre auf der anderen. Wie dies in den jugendlichen Protest in den späten 1960er Jahren und den Wandel der sozialen und kulturellen Werte, der von der Studentenbewegung geblieben ist, übergang, behandelt das sechste Kapitel. Das siebente Kapitel beschäftigt sich mit einem Schlüsseljahrzehnt: mit den tiefgreifenden Veränderungen in den 1970er und frühen 1980er Jahren. Obwohl die Probleme östlich des Eisernen Vorhangs in den 1980er Jahren generell auf für die Führer der kommunistischen Staaten bedrohliche Weise anwuchsen, wird im achten Kapitel insbesondere die Rolle von Michail Gorbatschow beleuchtet, der die Sowjet-herrschaft unabsichtlich, aber auf fatale Weise untergrub. Im neunten Kapitel wird untersucht, welche Rolle der Druck von unten in der »samtenen Revolution« von 1989 bis 1991 spielte. Wie schwierig und häufig enttäuschend der Übergang zu pluralistischer Demokratie und kapitalistischer Wirtschaft für die Länder Osteuropas war, ist neben dem katastrophalen Absturz Jugoslawiens in den Bürgerkrieg Thema des zehnten Kapitels. Im elften Kapitel werden die Veränderungen in Europa nach den Terroranschlägen von 2001 in den Vereinigten Staaten und den anschließenden Kriegen in Afghanistan und im Irak dargestellt. Das zwölfte Kapitel schließlich ist der Verkettung von Krisen gewidmet, die Europa seit 2008 heimgesucht haben und zusammen eine schwere allgemeine Krise des Kontinents bilden. Im abschließenden Ausblick wende ich mich dann von der Vergangenheit ab und der Zukunft zu, sowohl den kurzfristigen Aussichten als auch den längerfristigen Problemen, denen Europa in einer neuen Epoche der Unsicherheit gegenüberstehen wird.

Höllenssturz endete versöhnlich. Als Europa zwischen 1945 und

1949 aus der Doppelkatastrophe zweier Weltkriege hervortrat, zeigten die Wegweiser unübersehbar in eine hellere Zukunft – wenn auch im Schatten des Atombombenbesitzes beider Weltmächte. *Achterbahn* endet, zumindest hinsichtlich der längerfristigen Zukunft des Kontinents, weniger eindeutig.

Die Dinge können sich rasch ändern. Dies gilt auch für die Geschichtsschreibung. Eric Hobsbawm blickte in den frühen 1990er Jahren bedrückt auf die langfristigen Krisen, von denen Europa wahrscheinlich erschüttert werden würde, und hob in seiner pessimistischen Schlussfolgerung die destruktiven Kräfte des Kapitalismus hervor. Die meisten Analytiker sahen die jüngste Geschichte Europas jedoch positiver. Eine ganze Reihe um die Jahrtausendwende verfasster Studien über das europäische 20. Jahrhundert schlug einen optimistischen Ton an. Mark Mazower erschienen die Aussichten am Ende des 20. Jahrhunderts »konfliktfreier als je zuvor«. Richard Vinen sprach von einer »Ära des gesunden Geldes«. Harold James konstatierte einen »fast vollständigen Sieg von Demokratie und Kapitalismus« (auch wenn er einschränkend auf den zunehmenden Unmut über diese Entwicklung hinwies) und betrachtete die Globalisierung in nahezu ungetrübter Weise als »Wiederaufstieg einer internationalen Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft«. Angesichts mancher Entwicklung im frühen 21. Jahrhundert sind Zweifel an solch positiven Einschätzungen angebracht.

Auch Tony Judts fünf Jahre nach der Jahrtausendwende fertiggestelltes Standardwerk endet im großen Ganzen optimistisch. Der Nationalismus sei in Europa »gekommen und gegangen«, konstatiert er, und die letzten Worte seines Buchs lauten: »[D]as 21. Jahrhundert könnte das Jahrhundert Europas werden.« Bedenkt man das seit 2008 in Europa herrschende Durcheinander, den Aufstieg nationalistischer, fremdenfeindlicher Parteien in vielen Ländern, die langfristigen Herausforderungen, vor denen der Kontinent steht, und den offenbar unaufhaltsamen Aufstieg Chinas zur Weltmacht und zu globalem Einfluss, erscheinen solche Annahmen indes höchst zweifelhaft.

Kurzfristige Veränderungen sind natürlich schwer vorauszusagen. Europa – das weiterhin Achterbahn fährt – kann in rascher Folge aufsteigen und abstürzen. Gegenwärtig (im Herbst 2017) sind die Aussichten besser als noch vor wenigen Monaten, obwohl die Kristallkugel trüb bleibt. Langfristige Entwicklungen sind eine andere Sache. In dieser Hinsicht sind die Probleme, vor denen Europa (und die übrige Welt) steht, gewaltig. Klimawandel, Demographie, Energieversorgung, Massenmigration, Spannungen des Multikulturalismus, Automatisierung, die größer werdende Einkommenskluft, die internationale Sicherheit und die Gefahr weltweiter Konflikte: All dies sind große Herausforderungen für die nächsten Jahrzehnte. Wie gut Europa für die Bewältigung dieser Probleme gewappnet ist, lässt sich kaum sagen. Wie es auf die Herausforderungen reagieren und die Zukunft des Kontinents gestalten wird, liegt nicht nur, aber doch zu einem guten Teil in den Händen der Europäer selbst. In gefährlichen Gewässern bleibt der Konvoi am besten zusammen und vermeidet es, auseinanderzudriften. Dies bedeutet, ungeachtet aller Mängel auf dem Maß an Einheit, Kooperation und Konsens aufzubauen, das seit dem Zweiten Weltkrieg nach und nach geschaffen worden ist, und es weiter zu stärken. Durch gutes Navigieren könnten alle die vor uns liegende gefährliche Meerenge unbeschadet passieren und sicherere Küsten erreichen.

Die Geschichte meiner eigenen Zeit zu schreiben war eine überaus schwierige Aufgabe, aber auch eine, die sich für mich als lohnend erwies. Ich habe unermesslich viel dazugelernt über Ereignisse und Entwicklungen, die mein Leben bestimmt haben. Am Ende konnte ich besser als vorher nachvollziehen, wie mein eigener Kontinent zu dem wurde, was er heute ist. Allein schon deshalb hat sich die Anstrengung für mich gelohnt. Was die Zukunft angeht: In dieser Hinsicht sind die Voraussagen eines Historikers nicht besser als diejenigen aller anderen.

Ian Kershaw, Manchester, November 2017

EINFÜHRUNG

EUROPAS ZWEI EPOCHEN DER UNSICHERHEIT

Es ist mit der Geschichte wie mit der Natur, wie mit allem Profunden, es sei vergangen, gegenwärtig oder zukünftig: Je tiefer man ernstlich eindringt, desto schwierigere Probleme tun sich hervor.

Johann Wolfgang von Goethe, *Maximen und Reflexionen*

1950 erwachte Europa aus dem Alptraum der dunklen Jahre des schrecklichsten Krieges der Geschichte. Die physischen Narben waren überall auf dem Kontinent in Gestalt der Ruinen zerbombter Gebäude zu sehen. Die psychischen und moralischen Narben zu heilen sollte jedoch wesentlich länger dauern als der Wiederaufbau von Städten und Gemeinden. Tatsächlich warf die Unmenschlichkeit der jüngsten Vergangenheit noch jahrzehntelang einen dunklen Schatten auf Europa. Seit Kriegsende waren bedeutende Schritte in Richtung eines neuen Europa gemacht worden. Doch die gravierendste Hinterlassenschaft des Krieges für die unmittelbare Nachkriegszeit waren zwei Phänomene: Europa war jetzt durch den Eisernen Vorhang in der Mitte gespalten, und ein neues Zeitalter hatte begonnen, eine nukleare Ära zweier Supermächte, die beide über atomare Massenvernichtungswaffen verfügten.

Europa befand sich nicht mehr im Krieg. Aber die Gefahr eines Atomkriegs, der keineswegs nur eine ferne Möglichkeit zu sein schien, bedrohte die Grundlagen der Überlebensfähigkeit der europäischen

Zivilisation. Zudem war die Atomkriegsgefahr, die wie ein Damoklesschwert über Europa hing, nicht allein von Ereignissen auf dem Kontinent selbst abhängig. Denn dieser war den Folgen der globalen Konfrontation zwischen den nuklear aufgerüsteten Supermächten ausgesetzt. Anfang und Ende der für Europa gefährlichsten Phase des Kalten Krieges – auch wenn die Gefahr Anfang der 1980er Jahre noch einmal für kurze Zeit zunehmen sollte – markierten Ereignisse in weit entfernten Weltgegenden: der Ausbruch des Koreakriegs im Jahr 1950 und die Kubakrise von 1962.

Die Kinder des »Babybooms« der Nachkriegszeit, die in diese neue Ära hineingeboren wurden, sollten Veränderungen erleben, die sich ihre Eltern nicht einmal hätten vorstellen können. Außerdem sollten sie eine Beschleunigung des Wandels erleben – in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur –, die alles übertraf, was man aus früheren Friedenszeiten kannte. Sie wurden in eine Zeit schmerzlicher Entbehrungen hineingeboren, die zum großen Teil eine direkte Folge des Kriegs waren. Die Wohnsituation war häufig durch Notbehelfe geprägt, während Wohnungsbauprogramme anliefen, um den Millionen von Vertriebenen und Ausgebombten in weiten Teilen des Kontinents, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, ein Heim zu geben. Selbst Häuser, die nach dem Krieg noch standen, befanden sich oft in stark reparaturbedürftigem Zustand. Die sanitären Zustände waren für den Großteil der Bevölkerung primitiv, Lebensmittel und Kleidung waren knapp. Nur reiche Familien verfügten über Haushaltsgeräte, die Frauen von der täglichen Plackerei im Haushalt entlasteten, wie beispielsweise eine Waschmaschine, ein Telefon, ein Kühlschrank oder Auto. Einen Fernseher dürften die wenigsten besessen haben.

Die Babyboomgeneration profitierte im Lauf des Lebens von erstaunlichen medizinischen Fortschritten. Ihr kamen der durch ein hohes Wirtschaftswachstum ermöglichte Aufbau des Sozialstaats und seine ständige Ausweitung zugute. Obwohl der Lebensstandard östlich des Eisernen Vorhangs bald deutlich hinter demjenigen in Westeuropa zurückblieb, gehörten weitreichende Wohlfahrtssysteme auch

zu den kommunistischen Systemen (auch wenn sie in der Praxis für gewöhnlich korrupt waren). Dies war der erste entscheidende Durchbruch: Ein Maß an sozialer Sicherheit wurde erreicht, wie es frühere Generationen in beiden Hälften Europas nicht gekannt hatten. Zumindest in Westeuropa lenkten der lang anhaltende Nachkriegsboom, die von ihm ermöglichten sozialen Fortschritte und das Aufblühen des Konsumismus von der generellen Unsicherheit eines Kontinents ab, der sich ständig im Schatten der Atomkriegsgefahr befand.

Der materielle Fortschritt seit jener Zeit ist atemberaubend. Das Überangebot an Lebensmitteln, das heute in jedem europäischen Land herrscht, wäre 1950 oder zu jedem Zeitpunkt davor auf blankes Unverständnis gestoßen. Heutige Familien wären entsetzt, wenn man ihnen eine Wohnung ohne Badezimmer und mit einer (häufig mit anderen Familien gemeinsam genutzten) Toilette im Hof oder Treppenhaus anbieten würde. Annehmlichkeiten, die einst einen Luxus darstellten, dessen sich nur eine winzige Minderheit erfreuen konnte, sind heute alltäglich. Die meisten Familien besitzen ein Auto; auch Haushalte mit zwei Autos sind nichts Ungewöhnliches. Das Vorhandensein eines Kühlschranks wird als selbstverständlich betrachtet. Auslandsreisen, die in den 1950er Jahren ein Privileg der Reichen waren, sind heute für Millionen erschwinglich. Fast jeder Haushalt besitzt einen Fernseher. Satelliten im Weltraum ermöglichen es, Fernsehnachrichten oder Sportveranstaltungen von der anderen Seite der Erde live zu verfolgen. Heute kann man auf mobilen Geräten Fernsehen schauen, auch das war vor noch nicht allzu langer Zeit geradezu unvorstellbar. Und während man früher bei Auslandsreisen eine Telefonzelle brauchte, um zu Hause anzurufen, dienen mobile Telefone heute nicht nur dazu, mühelos solche Gespräche zu führen oder Textnachrichten rund um die Welt zu verschicken, sondern bieten als handliche Minicomputer auch eine Vielzahl weiterer Nutzungsmöglichkeiten. Dazu gehören der ständige Zugang zu den neuesten Nachrichten und die Möglichkeit, mit Verwandten und Freunden, die Tausende von Kilometern entfernt leben, nicht nur zu sprechen,

sondern sie auch auf dem Display zu sehen. Immer kleinere und leichter verfügbare Computer haben das Leben in einer Weise verändert, wie es noch vor kurzer Zeit – von 1950 ganz zu schweigen – undenkbar war.

Nicht nur der materielle Besitz, auch Einstellungen und Mentalitäten haben sich erheblich geändert. Im Europa von 1950 vertraten die meisten Menschen Ansichten, die siebzig Jahre später als unhaltbar gelten. Zwar hatten die Vereinten Nationen im Dezember 1948 in Reaktion auf ihre Verletzung während des Zweiten Weltkriegs die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschlossen, aber die breite Öffentlichkeit hatte kaum eine Vorstellung davon, was dies in der Praxis bedeutete. Rassistische Ansichten und offen rassistische Diskriminierung wurden weithin akzeptiert und kaum als der Rede wert betrachtet. In Europa lebten nur wenige Menschen nichtweißer Hautfarbe. Die Todesstrafe war noch in Kraft und wurde bei schwersten Verbrechen auch vollstreckt. Homosexualität war kriminalisiert, Abtreibung verboten. Die christlichen Kirchen besaßen beträchtlichen Einfluss, und die Gottesdienste waren noch recht gut besucht. Als die Nachkriegskinder in die späte Phase ihres Lebens traten, waren die Menschenrechte eine Selbstverständlichkeit geworden (wie unvollkommen sie in der Praxis auch verwirklicht wurden), galten rassistische Ansichten als gesellschaftlich untragbar (wenn auch in Westeuropa mehr als in Ost- und Südeuropa), bildete die multikulturelle Gesellschaft die Norm, war die Todesstrafe in Europa abgeschafft, während gleichgeschlechtliche Ehen und Abtreibung weithin akzeptiert wurden. Und auch die Rolle der christlichen Kirchen war erheblich geschrumpft (während die Vielzahl von Moscheen, ein Merkmal heutiger europäischer Städte, das 1950 völlig unbekannt war, die Bedeutung der Religion bei Muslimen bezeugt).

Diese und viele andere Veränderungen können als Teil jener Entwicklung betrachtet werden, die man allgemein »Globalisierung« nennt. Sie umfasst nicht nur die ökonomische Integration aufgrund der freien Bewegung von Kapital, Technologie und Information, son-

dem auch die Verknüpfung von gesellschaftlichen und kulturellen Fortschrittmustern über Ländergrenzen hinweg in der gesamten sich entwickelnden Welt. Globalisierung war weit mehr als nur eine zu immer besserer materieller Versorgung führende Entwicklung. Sie besaß offensichtliche dunkle Seiten. So hat sie massive Umweltschäden verursacht, die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert, die (weitgehend unkontrollierbare) Massenmigration verstärkt und den Arbeitsplatzabbau durch Automatisierung aufgrund technischer Fortschritte ausgeweitet – und sie bewirkt all dies weiterhin. Die von der Globalisierung vorangetriebene Transformation zieht sich wie ein roter Faden durch die Kapitel dieses Buchs, das alles andere als eine eindeutige Erfolgsgeschichte erzählt. Die neue Epoche der Unsicherheit in Europa ist unauflöslich mit der sich vertiefenden Globalisierung verbunden.

Dieses Buch beschäftigt sich mit den Wendungen und Windungen, den Auf und Abs, die Europa von einer Epoche der Unsicherheit in die nächste geführt haben – von der Atomkriegsgefahr zu dem vielschichtigen, alles durchdringenden Unsicherheitsgefühl der Gegenwart. Es versucht den komplexen, facettenreichen Veränderungsprozess zu erklären, der Europa zwischen 1950 und heute umgestaltet hat. Markiert wird er durch epochale Wendepunkte – 1973, 1989, 2001, 2008. Neben Fortschritten und Verbesserungen gab es Rückschläge, Enttäuschungen und gelegentlich Ernüchterung.

Ein Strang der Transformation, der sich durch die vergangenen sieben Jahrzehnte seit 1950 zog, ist die zentrale Bedeutung Deutschlands. Dort, in dem Land, das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mehr als alle anderen dafür getan hatte, den Kontinent zu zerstören, waren die Veränderungen besonders tiefgreifend. Obwohl Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg als Nationalstaat verschwunden war, stand es weiterhin im Mittelpunkt der europäischen Entwicklung. Es spielte eine zentrale Rolle bei der wirtschaftlichen Erholung nach dem Krieg, im Kalten Krieg, bei der Ausweitung der europäischen Integration,

bei der Einführung des Euros, während der Krise der Eurozone, in der Migrationskrise und bei den noch in den Anfängen steckenden Reformen der Europäischen Union nach den jüngsten ernststen Belastungen. Deutschland ist mittlerweile zu einem unverzichtbaren Pfeiler der liberalen Demokratie geworden, es besitzt Europas stärkste Wirtschaft, hat nach vierzigjähriger Teilung die nationale Einheit wiedergewonnen und ist widerstrebend in die Rolle einer europäischen Führungsmacht geschlüpft. Die Umgestaltung Deutschlands war ein Schlüsselfaktor in der europäischen Nachkriegsgeschichte – und keineswegs der erfolgloseste.

Für die Transformation Europas gibt es keine einfache Erklärung. Zu eng waren politische, ökonomische und kulturelle Entwicklungen verknüpft, um die Triebkräfte der Veränderung sauber voneinander trennen zu können. Ein großer Teil der Umgestaltung ging auf den nicht auf Europa beschränkten tiefgreifenden gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel zurück, der als Globalisierung bezeichnet wird. Der Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg fand vor dem Hintergrund eines über zwei Jahrzehnte anhaltenden beispiellosen Wirtschaftswachstums statt, das nicht nur Europa, sondern die ganze Welt erfasste. Das Ende dieses Wachstums in den 1970er Jahren markierte einen Wendepunkt, der die Entwicklung bis zum Ende des 20. Jahrhunderts bestimmte.

Die erstaunliche Erholung in der unmittelbaren Nachkriegszeit war geprägt von dem, was man eine »Matrix der Wiedergeburt« nennen könnte, wie sie bereits im letzten Abschnitt von *Höllentsturz* beschrieben wird. Elemente dieser Matrix waren das Ende der deutschen Großmachtambitionen, die geopolitische Neuordnung Mittel- und Osteuropas, die Unterordnung nationaler Interessen unter diejenigen der beiden Supermächte, ein beispielloser Wirtschaftsaufschwung und die abschreckende Wirkung der Atomwaffen. Um 1970 besaßen alle diese Faktoren wesentlich weniger Gewicht als in den ersten Nachkriegsjahren. Am gravierendsten war jedoch die deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Der lange Boom war vorüber.

Die ökonomische Nachkriegsordnung stand vor einem grundlegenden Wandel. Der Paradigmenwechsel markierte das, was im Rückblick als Geburt einer neuen Matrix gesehen werden kann, die sich in den folgenden beiden Jahrzehnten nach und nach herausbildete und schließlich als eine »Matrix neuer Unsicherheit« erkennbar wurde, deren Elemente eine liberalisierte, deregulierte Wirtschaft, die unaufhaltsame Globalisierung, eine dramatische Revolution der Informationstechnologie und nach 1990 die Entstehung einer multipolaren internationalen Machtverteilung waren. Die Entwicklung Europas wurde davon in vieler Hinsicht positiv beeinflusst, aber es wurde auch von einer neuen Unsicherheit erfasst, die sich stark von der existentiellen Unsicherheit aufgrund der Atomkriegsgefahr in den 1950er und frühen 1960er Jahren unterschied.

Nach dem Abbau des Eisernen Vorhangs beschleunigte sich die Globalisierung deutlich, was zu einem guten Teil auf die explosive technologische Entwicklung und die rasche Verbreitung des Internets zurückzuführen war, insbesondere, nachdem das (1989 erfundene) World Wide Web ab 1991 allgemein zugänglich wurde. Schon davor waren tiefgreifende kulturelle Veränderungen im Gange, in deren Mittelpunkt der Kampf für soziale Freiheiten, die Betonung des Individualismus und das Aufkommen der Identitätspolitik standen. Bereits seit Mitte der 1960er Jahre hatten sich Wertesysteme und Lebensstile auf eine Weise verändert, die Europa in vieler Hinsicht toleranter, liberaler und internationalistischer machte. Gleichzeitig lösten sich jedoch viele frühere Gewissheiten und Normen auf.

Neben dieser weitreichenden, unpersönlichen Dynamik müssen die Rolle einzelner Personen sowie kurzfristige politische Entscheidungen in die Betrachtung einbezogen werden. Das Handeln einiger weniger Schlüsselfiguren – wie Michail Gorbatschow und Helmut Kohl – kann nicht einfach auf Überlegungen über strukturelle Entwicklungsdeterminanten reduziert werden. An entscheidenden Weggabelungen spielten solche Persönlichkeiten eine ausschlaggebende Rolle bei der Umgestaltung Europas.

Die Bilanz der Umgestaltung Europas in den sieben Jahrzehnten seit 1950 wird in den nachfolgenden Kapiteln präsentiert. Es handelt sich um keine reine Erfolgsgeschichte. Die jüngste Geschichte Europas ist keineswegs rundum erfreulich. Es gab außerordentlich positive Entwicklungen, doch das Gesamtbild bleibt gemischt. Und die Probleme werden in Zukunft nicht abnehmen.

EINS

SPANNUNG UND SPALTUNG

... ist es wahrscheinlicher, dass [die Atombombe] großangelegten Kriegen ein Ende setzen wird, doch um den Preis, auf unabsehbare Zeit einen »Frieden, der keiner ist«, zu verlängern.

George Orwell, »Wir und die Atombombe«, 1945

Als 1950 die unmittelbare Nachkriegszeit zu Ende ging, war ein neues, ideologisch, politisch und sozioökonomisch zweigeteiltes Europa entstanden. Es war der Beginn einer neuartigen, von einer beispiellosen Unsicherheit charakterisierten Ära in der Geschichte des Kontinents. Wesentlich geprägt wurde sie von der Spaltung, die der Krieg als Hauptfolge hinterlassen hatte – und der ungeheuerlichen Gefahr der nuklearen Auslöschung.

Mehr als vier Jahrzehnte sollte der Kalte Krieg die beiden Teile Europas auseinandertreiben. Die überwiegend getrennten Entwicklungen besaßen jedoch eine bedeutende Gemeinsamkeit: das Primat der Militärmacht. Und die Militärmacht, das dominante Merkmal Nachkriegseuropas auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, wurde nun von nur zwei Ländern kontrolliert: den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion. Beide Mächte waren besessen von Sicherheit, und beide wollten verhindern, dass die jeweils andere Macht Europa beherrschte. Das Neue ihrer angespannten Beziehungen bestand darin, dass sie letztlich auf Waffen von solcher Zerstörungskraft beruhten, dass keine der beiden Seiten sie einzusetzen wagte. Binnen weniger Jahre waren diese Waffen so weit entwickelt,

dass sie die totale Vernichtung ermöglichten. Seit 1949 produzierten sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion – Erstere war bereits eine Supermacht, Letztere stand kurz davor, eine zu werden – Atombomben. Vier Jahre später entwickelten beide Staaten die noch wesentlich stärkere Wasserstoffbombe, und bald darauf verfügten sie über Atomwaffenarsenale, mit denen das zivilisierte Leben auf dem Planeten mehrfach vernichtet werden konnte.

Zwischen 1950 und 1962 war der Kalte Krieg am intensivsten und gefährlichsten. Zentraler Schauplatz war in dieser Zeit zumeist Europa – aber im Atomzeitalter hatte auch eine Konfrontation zwischen den Supermächten irgendwo auf der Welt direkte Folgen für Europa.

Die Hitze des Kalten Krieges

Der sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit herausbildende Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion war zwar gelegentlich bedrohlich gewesen, aber eine Katastrophe war vermieden worden. Kaum hatte das neue Jahrzehnt begonnen, brach jedoch eine Krise aus, die erneut ernste Konsequenzen zu haben drohte. Dass sie im fernen Korea stattfand, war ein Anzeichen dafür, dass Europa unweigerlich Teil des globalen Konflikts zwischen den Supermächten war. Während die Vereinigten Staaten sich vor 1945 nur widerstrebend in die europäischen Angelegenheiten hineinziehen ließen und zur Beteiligung an zwei Weltkriegen durchdrangen, wurde Westeuropa jetzt im Grunde zu einem Anhängsel – wenn auch einem wichtigen – der amerikanischen Außenpolitik. Auf der anderen Seite war der Ostblock – abgesehen von Jugoslawien, das in den Nachwehen des Krieges erfolgreich seine Unabhängigkeit behauptet hatte – sogar noch direkter darauf festgelegt, die Sowjetunion in der weltweiten Konfrontation mit den Vereinigten Staaten zu unterstützen.

Korea war 1910 von Japan annektiert und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs von ihm regiert worden. An dessen Ende war die kore-

anische Halbinsel durch ein amerikanisch-sowjetisches Abkommen über die vorübergehende Teilung der Verwaltung des Landes entlang dem 38. Breitengrad mehr oder weniger in zwei Hälften gespalten worden. Bis 1948 war jede Aussicht auf eine Wiedervereinigung Koreas geschwunden. Im Norden entstand ein kommunistischer Satellitenstaat von Moskaus Gnaden, den die Sowjetunion ihrer Einflusssphäre zurechnete, und im Süden wurde ein vehement antikommunistischer Staat gebildet, der amerikanischen Interessen untergeordnet war. Als in China im September 1949 nach einem zwei Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieg mit Tschiang Kai-scheks Nationalisten – der 1937 bis 1945 parallel zu dem überaus blutigen Krieg mit den japanischen Invasoren geführt wurde – die Kommunisten gesiegt hatten, war die Lage auf der koreanischen Halbinsel prekär. Der Süden lag als nichtkommunistische Enklave inmitten einer riesigen kommunistisch beherrschten Region. Als nordkoreanische Truppen am 25. Juni 1950 die Demarkationslinie überschritten und den Süden des geteilten Landes angriffen, eskalierte die Konfrontation der Supermächte auf gefährliche Weise. Für die Vereinigten Staaten, die den kommunistischen Einfluss unbedingt eindämmen wollten und auf die Aussicht auf eine Ausdehnung des Kommunismus, ob nun in Südostasien oder Europa, allergisch reagierten, kam ein Verlust Südkoreas unter keinen Umständen in Frage, zumal dadurch Japan in Gefahr geraten wäre.

Washington nahm mit Recht an, dass Nordkorea ohne Stalins Zustimmung niemals angegriffen hätte. Tatsächlich hatte der sowjetische Diktator einige Wochen zuvor grünes Licht gegeben, auch wenn er nicht bereit war, Kampftruppen zu entsenden, und stattdessen von den Chinesen erwartete, wenn nötig, Militärhilfe zu leisten. Nach Ansicht der US-Regierung musste die kommunistische Expansion an diesem Punkt aufgehalten werden, wenn man einen Dominoeffekt verhindern wollte. Sollte Südkorea fallen, erklärte Präsident Harry Truman, würden die Sowjets »ein Stück Asien nach dem anderen schlucken«. Und »wenn wir Asien verlieren sollten, würde

als Nächstes der Nahe Osten zusammenbrechen, und niemand kann sagen, was dann in Europa geschehen würde«. Nicht zum letzten Mal im Nachkriegseuropa wurde die Appeasementpolitik der 1930er Jahre beschworen, um ein militärisches Vorgehen zu rechtfertigen. Die Politik der Beschwichtigung hatte Hitler damals nicht gestoppt. Wenn die Ausbreitung des Kommunismus jetzt nicht aufgehalten wurde, würde das zu einem dritten Weltkrieg führen.

Die Vereinigten Staaten versicherten sich der Rückendeckung der 1945 gegründeten Vereinten Nationen für den Einsatz von militärischer Gewalt zum Schutz eines angegriffenen Mitgliedsstaats. Dies geschah zum ersten Mal, und es wurde durch einen strategischen Fehler Moskaus ermöglicht. Sowohl Stalin als auch die US-Regierung waren zufrieden damit, dass sie sich, als sie im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta die Gründung der Vereinten Nationen beschlossen, im geplanten Sicherheitsrat, dem außer ihnen Großbritannien, Frankreich und China als ständige Mitglieder angehören sollten, das Vetorecht vorbehalten hatten. Mit Hilfe eines von den Großmächten kontrollierten Sicherheitsrats würden die Vereinten Nationen effektiver handeln können als einst der Völkerbund. Wie falsch diese Annahme war, wurde während des Kalten Krieges ein ums andere Mal demonstriert, wenn das Veto der einen oder anderen Großmacht den Sicherheitsrat lahmlegte. Die Ausnahme bildete die Zustimmung zu jener Hilfsaktion, die nötig war, um den Angriff auf Südkorea zurückzuschlagen und Frieden und Sicherheit wiederherzustellen. Möglich wurde sie, weil die Sowjetunion den Sicherheitsrat aus Protest gegen die Weigerung, das kommunistische China als Mitglied anzuerkennen, boykottierte. Stalin erkannte seinen Fehler rasch, und die Sowjetunion nahm ihren Sitz im Sicherheitsrat wieder ein. Aber da war es schon zu spät, um ein UN-Kommando zur militärischen Unterstützung Südkoreas unter Führung der USA aufzuhalten. Bei Kriegsende bestand das UN-Kommando, einschließlich der südkoreanischen Streitkräfte, aus fast 933 000 Soldaten. Die große Mehrheit von ihnen stellten Südkorea (591 000) und die Vereinigten Staaten

(302 000), aber auch eine Reihe europäischer Länder hatte sich beteiligt – Großbritannien sowie mit kleineren Kontingenten Frankreich, Belgien, Griechenland und die Niederlande.

Die Initiative lag während des gesamten Krieges bei den Amerikanern. Die Nordkoreaner wurden aus dem Süden zurückgedrängt und bis über die Demarkationslinie verfolgt. Aus Angst vor offenen Feindseligkeiten mit den Vereinigten Staaten lehnte Stalin die nordkoreanische Bitte um eine sowjetische Invasion ab. Der chinesische Führer Mao Zedong war jedoch nicht bereit, Korea ganz den Amerikanern zu überlassen, die es später womöglich als Ausgangsbasis für einen Angriff auf China nutzen würden – dessen Verhältnis zur Sowjetunion bereits alles andere als harmonisch war. Im Herbst 1950 hatte Mao eine beachtliche Truppe entsandt, die schließlich auf rund 300 000 Mann anwuchs und die 8. US-Armee zu einem panikartigen Rückzug zwang. Es war das erste Anzeichen dafür, dass der Westen mit China als bedeutender Militärmacht würde rechnen müssen. Binnen zweier Monate war ganz Nordkorea wieder in kommunistischer Hand, und die südkoreanische Hauptstadt Seoul war gefallen. Washington war entsetzt und erwog den Abwurf einer Atombombe.

Die Vereinigten Staaten besaßen, was die einsatzbereiten Atombomben angeht, immer noch ein riesiges Übergewicht gegenüber der Sowjetunion – laut Schätzungen ein Übergewicht von 74 zu 1. Aber welche Ziele sollte man bombardieren? In einem Krieg, der vorwiegend in ländlichen Gebieten ausgefochten wurde, war diese Frage schwer zu beantworten. Außerdem lag eine Eskalation des bislang regionalen Krieges durch eine massive Vergeltung – möglicherweise durch eine sowjetische Invasion Westeuropas oder sogar Atombombenabwürfe auf europäische Städte – im Bereich des Möglichen. Ende 1950 bestand die reale Gefahr der Ausweitung des Konflikts zu einem dritten Weltkrieg. Die amerikanische Militärführung hatte eine Liste russischer und chinesischer Städte aufgestellt, die als Bombenziele in Frage kamen, und dachte über die ultimative Forderung an China nach, sich hinter den Jalu, der die Grenze zwischen China und Korea

bildete, zurückzuziehen. Wenn nötig, würde man auf den »prompten Einsatz der Atombombe« zurückgreifen.

Letztlich setzten sich klügere Ratgeber durch. Bis zum Frühjahr 1951 hatten die Amerikaner die chinesische Offensive unter großen Verlusten aufgehalten und die Initiative zurückgewonnen, die UN-Truppen konnten die kommunistische Armee schließlich zurückdrängen. In den nächsten beiden Jahren verstrickten sich beide Seiten in einen furchtbaren Abnutzungskrieg. Als der Koreakrieg im Juli 1953 durch einen Waffenstillstand beendet wurde, entsprach die Lage derjenigen an seinem Beginn: Beide Seiten standen sich am 38. Breitengrad gegenüber. Der erbittert geführte dreijährige Krieg hatte fast drei Millionen Gefallene und Verwundete gefordert – in ihrer großen Mehrheit Koreaner von beiden Seiten der Trennlinie. Die amerikanischen Verluste betragen 170000 Mann, darunter 50000 Tote, die europäischen Kontingente hatten 8000 Tote und Verwundete zu beklagen, überwiegend Briten.

Obwohl der Koreakrieg weit entfernt stattfand und Europäer nur am Rande beteiligt waren, hatte er für Europa erhebliche Folgen, die aus dem drastischen Anstieg der amerikanischen Verteidigungsausgaben resultierten. Der erste Test einer sowjetischen Atombombe im August 1949 – vor dem Koreakrieg – auf dem Testgelände Semipalatinsk im heutigen Kasachstan hatte die Vereinigten Staaten bereits veranlasst, die Entwicklung der Nukleartechnik verstärkt voranzutreiben, um den Vorsprung vor der Sowjetunion zu behalten. Präsident Truman hatte nicht nur die beschleunigte Produktion von Atombomben, sondern am 31. Januar 1950 auch die Entwicklung einer »sogenannten Wasserstoff- oder Superbombe« angeordnet. Der Anstieg der Militärausgaben war bereits beschlossen, als der Koreakrieg sie zusätzlich in die Höhe schießen ließ. Binnen eines Jahres stieg der Verteidigungshaushalt der USA auf mehr als das Vierfache. 1952 verschlangen die Militärausgaben knapp ein Fünftel des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts, nachdem dieser Anteil drei Jahre zuvor noch bei weniger als einem Zwanzigstel gelegen hatte. Am 1. November 1952 führten

die Vereinigten Staaten den ersten Test ihrer »Superbombe« durch – die Wasserstoffbombe, deren Explosion »den ganzen Horizont verdunkelte«, löschte dabei die Insel Elugelab des Pazifikatolls Eniwetok, auf welcher der Test stattfand, vollständig aus. Nur neun Monate später, am 12. August 1953, folgte in der zentralasiatischen Wüste der erste sowjetische Wasserstoffbombentest. Winston Churchill erklärte später zutreffend, der »neue Schrecken« habe ein »gewisses Element der Gleichheit in die Vernichtung« gebracht.

Es überrascht nicht, dass die Amerikaner sich im Sinne einer Politik der globalen Eindämmung einer sowjetischen Bedrohung, die als rasch wachsende Gefahr empfunden wurde, verpflichtet fühlten, nicht nur ihre Militärausgaben zu erhöhen, sondern auch ihr überseeisches Engagement. Dies wirkte sich natürlich auf Europa aus. Die Amerikaner verstanden Hilfe für Europa immer mehr in militärischen Begriffen. Der Marshallplan, der 1947 eingeführt worden war, um mit einer Finanzspritze von rund 13 Milliarden Dollar die wirtschaftliche Erholung Europas nach dem Krieg anzuregen, wurde heruntergefahren. Dagegen belief sich die amerikanische Militärhilfe bis Ende 1951 auf fast fünf Milliarden Dollar. 1952, als die Aufrüstung aufgrund des Koreakriegs verstärkt wurde, waren fast 80 Prozent der Europa gewährten US-Hilfen nicht für den zivilen Wiederaufbau, sondern für militärische Zwecke bestimmt.

Im April 1949 war als Allianz zur Verteidigung Westeuropas die NATO (North Atlantic Treaty Organization) gegründet worden, der anfangs zwölf Länder angehörten – die Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Portugal und Island –, zu denen 1952 Griechenland und die Türkei hinzukamen. Der US-Führung war jedoch von Anfang an klar, dass die militärische Stärke der NATO nicht ausreichte. Außerdem sollten die europäischen Länder mehr zu ihren eigenen Verteidigungskosten beitragen. Die Vereinigten Staaten, die sich als Weltpolizist zu verstehen begannen, konnten nicht auf Dauer einen unverhältnismäßig großen Teil der europäischen Vertei-

digungskosten tragen. Dementsprechend erhöhten die europäischen NATO-Partner ihre Militärbudgets. Westdeutschland, das zwar keine Waffen herstellen durfte, aber in immer größerer Zahl militärische Maschinen, Ausrüstungen und Fahrzeuge produzierte, profitierte erheblich von der gestiegenen Nachfrage nach Stahl. Seine Stahlproduktion erhöhte sich zwischen 1949 und 1953 um über 60 Prozent – was dem beginnenden »Wirtschaftswunder« einen zusätzlichen Schub verlieh. Die Ausgaben mussten in militärische Stärke umgesetzt werden. Deshalb einigten sich die NATO-Mitglieder 1952 auf einer Tagung in Lissabon darauf, binnen zweier Jahre mindestens 96 neue Divisionen aufzustellen.

Zugleich konnte der Elefant im Raum nicht mehr ignoriert werden. Ohne die Wiederbewaffnung Westdeutschlands konnte die Stärkung der NATO kaum Fortschritte machen. Es war nicht lange her, da hatte es eines mächtigen Bündnisses bedurft, um die deutsche Militärmacht niederzuwerfen, und zwar ein für alle Mal, wie man glaubte, und so stieß der Gedanke an einen wiederauflebenden deutschen Militarismus bei den Nachbarn Deutschlands verständlicherweise auf wenig Gegenliebe – und genauso nachvollziehbar ist, dass diese Aussicht die Sowjetunion mit Schrecken erfüllte. Die Amerikaner hatten das Thema der westdeutschen Wiederbewaffnung schon 1950, kurz nach dem Ausbruch des Koreakriegs, aufs Tapet gebracht, und sie drängten weiter in diese Richtung. Die westeuropäischen NATO-Mitglieder mussten zugeben, dass die Sache eine gewisse Logik hatte. Warum sollten die Vereinigten Staaten weiterhin den Löwenanteil der Verteidigungskosten Europas tragen, wenn die Europäer nur so wenig beitragen? Aus europäischer Sicht bestand stets die Gefahr, dass die Amerikaner sich vielleicht sogar ganz aus Europa zurückziehen könnten, wie sie es nach 1918 getan und ursprünglich auch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geplant hatten. Außerdem musste sichergestellt werden, dass Westdeutschland an das westliche Bündnis gebunden blieb, was Stalin 1952 durch ein – von westlichen Führern sofort zurückgewiesenes – Angebot auf die Probe stellte, das

den Deutschen die Aussicht auf ein vereintes neutrales Deutschland vorgaukelte. Im Westen interpretierte man Stalins Initiative als Versuch, die Amerikaner zum Rückzug aus Europa zu bewegen. Darüber hinaus sollte sie ganz offensichtlich die stärkere Einbeziehung Westdeutschlands ins westliche Bündnis, wie sie die westdeutsche Regierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer anstrebte, verhindern, zumal diese mittlerweile eng mit dem Thema der Schaffung westdeutscher Streitkräfte verknüpft war.

Schon 1950 war ein Vorschlag unterbreitet worden, der einen Durchbruch in der schwierigen Frage zu versprechen schien, wie Westdeutschland wiederaufgerüstet werden konnte, ohne europäische Länder, die solch einen Schritt entschieden ablehnten, vor den Kopf zu stoßen. Er kam, was vielleicht überrascht, aus Frankreich. Mit dem, was der französische Ministerpräsident René Pleven im Oktober 1950 ins Gespräch brachte, sollte die von den Amerikanern angestrebte Aufnahme Westdeutschlands in die NATO verhindert werden, indem es in eine neu zu gründende europäische Verteidigungsorganisation einbezogen wurde, in der es unter Kontrolle gehalten werden konnte. Plevens Vorstoß sah den Aufbau einer europäischen Armee vor, zu der auch eine deutsche Komponente gehören sollte, die jedoch nicht unter deutschem, sondern unter europäischem Kommando, letztlich also unter französischer Aufsicht stehen sollte. Dieser Vorschlag bildete die Grundlage für den im Mai 1952 geschlossenen Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Die Bezeichnung war irreführend. Die EVG sollte nicht einmal alle westeuropäischen Länder umfassen. Zudem stand sie von Anfang an vor dem grundlegenden Problem, das in den folgenden Jahrzehnten alle Schritte in Richtung einer europäischen Integration erschweren sollte: Wie ließen sich gleichzeitig supranationale Strukturen schaffen und die nationale Souveränität der Mitgliedsstaaten bewahren? Der nach dem französischen Außenminister Robert Schuman benannte Plan von 1950 bildete die Grundlage der im folgenden Jahr gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die

zum Kern des Gemeinsamen Markts und später der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde. Mitglieder der EGKS waren Frankreich, Westdeutschland, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg. Großbritannien entschied sich dafür, außen vor zu bleiben. Die EVG sollte nach dem gleichen Modell aufgebaut werden und dieselben Mitglieder haben. Großbritannien, das neben Frankreich die größten Streitkräfte in Europa besaß, begrüßte zwar die geplante Schaffung der EVG und sagte im Rahmen seiner NATO-Mitgliedschaft die engste Kooperation zu, würde ihr aber nicht angehören. Es war nicht bereit, Truppen auf unbestimmte Zeit für die Verteidigung Europas abzustellen und sich an einem Projekt zu beteiligen, das, wie der britische Außenminister Anthony Eden 1952 erklärte, »einer europäischen Föderation den Weg ebnen« würde. Die Schwächung der nationalen Souveränität, die eine Mitgliedschaft in der EVG nach sich gezogen hätte, kam für die Briten nicht in Frage. Die skandinavischen NATO-Mitglieder sahen es ähnlich. Daher war die EVG, wie anfangs beabsichtigt, auf die Länder beschränkt, die begonnen hatten, ihre Wirtschaftspolitiken zusammenzuführen. Aber der Vertrag musste von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Und dies bereitete ausgerechnet in dem Land, das ihn vorgeschlagen hatte, Frankreich, Schwierigkeiten. Auch hier war die nationale Souveränität der entscheidende Punkt. Als die Nationalversammlung am 30. August 1954 über den EVG-Vertrag abstimmte, lehnte sie ihn mit überwältigender Mehrheit ab. Damit war die EVG Geschichte.

Die deutsche Wiederbewaffnung war es indes nicht. Adenauer hatte das Scheitern der EVG, die er als wichtigen Schritt auf dem Weg zur Integration Westeuropas betrachtet hatte, zutiefst bedauert. Anfangs hatte er geglaubt, die Abstimmungsniederlage in der französischen Nationalversammlung hätte seine Hoffnung auf die Wiedererlangung der deutschen Souveränität zunichtegemacht. Tatsächlich aber hatte sie den Weg freigemacht für das, was Adenauer – ebenso wie die Briten und Amerikaner – schon immer gewollt hatte: die Wiederbewaffnung Westdeutschlands als Vollmitglied der NATO und seine Aner-

kennung als souveräner Staat. Die Zeit war günstig für einen solchen Schritt. Im März 1953 war Stalin gestorben. Der Koreakrieg war vorüber; Westdeutschland war fest ins westliche Bündnis eingebunden, und der Gedanke an eine Neutralität der Bundesrepublik – den die Führung der oppositionellen Sozialdemokraten und ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung weiterhin hegten – war so gut wie begraben. Auf Konferenzen im September 1954 in London und im folgenden Monat in Paris beschlossen die NATO-Mitglieder, die Besetzung Deutschlands zu beenden – obwohl alliierte Truppen mit deutschem Einverständnis im Land bleiben würden – sowie die Bundesrepublik als souveränen Staat anzuerkennen und in die NATO aufzunehmen. Am 5. Mai 1955 erhielt die Bundesrepublik Deutschland ihre staatliche Souveränität, und vier Tage später wurde sie Mitglied der NATO. Ihr war es jetzt erlaubt, eine Armee (von nicht mehr als einer Million Mann) aufzustellen sowie eine Luftwaffe und eine Marine aufzubauen; der Besitz von Atomwaffen blieb ihr jedoch verboten.

Aus sowjetischer Perspektive war die Entwicklung im Westen äußerst beunruhigend. Die Vereinigten Staaten waren das einzige Land, das Atomwaffen tatsächlich im Kampf eingesetzt hatte, und sie hatten als erstes Land die Wasserstoffbombe entwickelt. Sie hatten in Korea interveniert und lagen in dem sich herausbildenden Wettüsten vorn, und nun war es ihnen gelungen, unter Einschluss eines wiederbewaffneten Westdeutschland, in Westeuropa eine antisowjetische Allianz zu festigen. Moskau hatte alles getan, was es konnte, um dies zu verhindern. Aus Angst vor einem wiederauflebenden »deutschen Militarismus« hatte die Sowjetunion in dem vergeblichen Bemühen, die Allianz zu schwächen oder zu spalten, den Westmächten 1954 sogar ihre Bereitschaft signalisiert, in die NATO einzutreten – was der Westen schroff zurückwies.

Da abzusehen war, dass sowjetische Annäherungsversuche auf steinigem Boden fallen würden, und da die NATO in Moskau als aggressives, gegen die Sowjetunion gerichtetes Bündnis wahrgenommen wurde, war es kein Wunder, dass die Aufnahme der Bundesrepublik

in den Nordatlantikpakt mit einem raschen Gegenzug beantwortet wurde: Nur zehn Tage später, am 14. Mai 1955, schlossen die UdSSR, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, im Westen zumeist Warschauer Pakt genannt. Gleichzeitig bemühte sich die Sowjetunion um eine Verbesserung der Beziehungen zu strategisch wichtigen neutralen Staaten, insbesondere zu Österreich und Jugoslawien, um zu verhindern, dass sie ins westliche Bündnis hineingezogen wurden. So wurde am 2. Juni 1955 das seit Titos Bruch mit Stalin im Jahr 1948 bestehende Zerwürfnis zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion durch eine in Belgrad herausgegebene Erklärung gekittet, in der man sich gegenseitig versicherte, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des anderen zu respektieren und jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen zu unterlassen. Bereits am 15. Mai, einen Tag nach Abschluss des Warschauer Pakts, hatten die vier Kriegsmächte – die USA, die UdSSR, Großbritannien und Frankreich – durch die Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags (der am 27. Juli in Kraft treten würde) die Besetzung Österreichs beendet und es als unabhängigen souveränen Staat geschaffen. Die Sowjetunion war dazu nur bereit gewesen, weil Österreich zugesagt hatte, keine fremden Militärstützpunkte auf seinem Territorium zuzulassen und sich keinem Militärbündnis anzuschließen. Förmlich verkündet wurde die Neutralität Österreichs am 26. Oktober 1955, einen Tag, nachdem die Besatzungsmächte das Land verlassen hatten. Einen Monat zuvor hatte die Sowjetunion durch die Schließung eines Marinestützpunkts bei Helsinki ihre Bereitschaft zu verstehen gegeben, Finnland die Festigung seiner Neutralität zu gestatten, einschließlich einer echten Unabhängigkeit von seinem übermächtigen sowjetischen Nachbarn, solange es sich nicht auf die Seite der NATO schlug.

Der förmlichen Gründung zweier feindlicher Militärbündnisse, die sich am quer durch Europa verlaufenden Eisernen Vorhang gegen-

überstanden, jeweils mit einer Supermacht an der Spitze, die im Besitz von Waffen mit unvorstellbarer Zerstörungskraft war, folgte ein kurzer Augenblick, in dem das im Kalten Krieg gefrorene Eis wenn auch nicht abzutauen begann, so doch nicht dicker wurde. Sowohl die sowjetische als auch die amerikanische Führung schien bereit zu sein, die Spannungen zwischen den Blöcken zu verringern. Am 18. Juli 1955 kamen in Genf zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder die Regierungschefs der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs zusammen. Zuletzt hatten sie sich unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa in Potsdam getroffen. Im Mittelpunkt der weitgefächerten Tagesordnung des Gipfeltreffens – wie solche Zusammenkünfte genannt werden sollten – standen Sicherheitsfragen. Das Treffen schien die Hoffnung aufkommen zu lassen, dass eine Basis für eine friedliche Koexistenz gefunden werden konnte. Zumindest waren die Führer der Supermächte bereit, sich an einen Tisch zu setzen und miteinander zu reden. Das war es, was man mitnahm. Doch etwas wirklich Greifbares brachte das Treffen nicht. US-Präsident Dwight D. Eisenhower schlug eine Politik des »offenen Himmels« vor, die es den beiden Supermächten erlaubt hätte, das Territorium der jeweils anderen aus der Luft zu überwachen. Doch die Sowjets, denen es widerstrebt, den Amerikanern Einblick in ihre Nuklearanlagen zu gewähren und so womöglich zu offenbaren, wie begrenzt ihre Fähigkeit zum Langstreckenbombardement war, lehnten dies umgehend ab. (Den USA war das egal. Sie sollten die Sowjetunion bald mit dem neuen Spionageflugzeug U-2 überfliegen, bis im Mai 1960 eine Maschine abgeschossen und ihr Pilot, Gary Powers, gefangen genommen wurde, was zu einer internationalen Affäre führte.) Der »Geist von Genf« verflüchtigte sich rasch. Binnen eines Jahres war der Kalte Krieg zurück. Die brutale Niederschlagung des ungarischen Aufstands gegen die sowjetische Herrschaft Anfang November 1956 und die zur selben Zeit ihrem Höhepunkt zustrebende Suezkrise – zu der die Drohung des Sowjetführers Nikita Chruschtschow gehörte, gegen Großbritannien und

Frankreich »Raketenwaffen« einzusetzen – hatten zur Folge, dass die internationalen Beziehungen neuerlich zum Zerreißen gespannt waren.

Zu diesem Zeitpunkt hatte das Wettrüsten wahrhaft überwältigende Ausmaße angenommen, die meisten Menschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs hatten jedoch selten eine Ahnung davon, wie groß die Waffenarsenale waren. Großbritannien hatte bereits 1947 die Entwicklung einer eigenen Atombombe beschlossen – die als Garantie dafür gesehen wurde, in der internationalen Diplomatie einen Platz am Tisch der Großen zu behalten. Labour-Premierminister Clement Attlee hatte sich schon im August 1945, unmittelbar nach den amerikanischen Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki, nachdrücklich für diesen Schritt eingesetzt. Sein Außenminister, Ernest Bevin, ein prägendes Mitglied der Labour-Regierung der Nachkriegszeit, hatte diese Forderung ein Jahr später, als viele, einschließlich Attlees, schwankend geworden waren, aufgegriffen. »Wir *müssen* das Ding hier haben«, erklärte er, »was immer es kostet. Wir müssen sicherstellen, dass der verdammte Union Jack auf seiner Spitze weht.« Im Oktober 1952 wurde Großbritannien durch seinen ersten Atombombentest auf der vor Westaustralien gelegenen Insel Monte Bello zur dritten Atommacht. Zwei Jahre später beschloss die britische Regierung den Bau der Wasserstoffbombe, die dann 1957 dem britischen Waffenarsenal hinzugefügt wurde. Attlees Nachfolger im Amt des Premierministers, Winston Churchill, bezeichnete dies als »den Preis, den wir bezahlen, um am Spitzentisch [der Weltführer] zu sitzen«. Auch Frankreich betrachtete den Besitz der Atom- und anschließend der Wasserstoffbombe als unverzichtbares Zeichen des Großmachtstatus. Als es im Februar 1960 bei Reggane in der algerischen Wüste seinen ersten Atombombentest durchführte, wurde es zum vierten Mitglied des »Nuklearklubs«. 1968 gelangte es auch in den Besitz der Wasserstoffbombe. Diese Entwicklungen summierten sich zu einer beunruhigenden Weiterverbreitung von Atomwaffen, auch wenn sie noch auf die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs beschränkt

war. Die entscheidende Entwicklung aber war der Wettkampf zwischen den beiden Supermächten um die größere Vernichtungsfähigkeit.

Im März 1954 hatten die Amerikaner auf dem Bikini-Atoll im Territorium der Marshallinseln eine Wasserstoffbombe gezündet, die 750-mal stärker war als die Atombombe, die Hiroshima verwüstet hatte. Der Fallout der Explosion führte noch in einer Entfernung von 130 Kilometern zum Strahlentod. Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, testete die Sowjetunion im folgenden September bei dem Dorf Totskoje im Oblast Orenburg im Südrural eine noch größere Bombe, und im nächsten Jahr zündete sie ihre erste aus der Luft abgeworfene Wasserstoffbombe, die hundertmal stärker war als die erste. Die Vereinigten Staaten waren inzwischen schon dabei, kleine »taktische« Atomwaffen zu entwickeln, die in die Spitze von Raketen passten. Ab Herbst 1953 hatten sie begonnen, in Europa ein Arsenal solcher Waffen von beachtlicher Größe aufzubauen. Bald wurden amerikanische Offiziersanwärter mit Szenarien von mit Atomwaffen geführten Schlachten in Europa konfrontiert. Der Hardliner und US-Außenminister John Foster Dulles – der eine neue Politik verfolgte, der es nicht mehr nur um die Eindämmung des sowjetischen Kommunismus ging, sondern die sein »Roll-back« verfolgte – erklärte 1954 vor NATO-Führern, Atomwaffen würden jetzt als konventioneller Bestandteil der westlichen Verteidigungsfähigkeit betrachtet. Ein begrenzter Atomkrieg mit Europa als Schlachtfeld schien eine reale Möglichkeit zu sein. Die Vereinigten Staaten erwogen einen raschen Vernichtungsschlag gegen die Sowjetunion. Im März 1954 stellte der Chef des Strategischen Luftwaffenkommandos, General Curtis LeMay (der die Bombenangriffe auf japanische Städte am Ende des Zweiten Weltkriegs geleitet hatte), bei einer Besprechung mit Vertretern der US-Streitkräfte den Plan für einen massiven Luftangriff vor. Er versprach, dass »buchstäblich ganz Russland nach zwei Stunden nur noch eine qualmende strahlende Ruine« sein würde, und zeigte sich »fest überzeugt, dass 30 Tage ausreichen, um den Dritten Weltkrieg zu beenden«.

Der Ausbau der nuklearen Feuerkraft war atemberaubend. Hatten die Vereinigten Staaten 1950 298 Atombomben besessen, waren es 1962 sage und schreibe 27 000. Für deren Transport standen 2500 Langstreckenbomber zur Verfügung. Die Sowjetunion besaß zwar ebenfalls Langstreckenbomber, die Ziele in Amerika erreichen konnten, hinkte aber in Bezug auf ihre Zahl und Fähigkeiten hinter den Vereinigten Staaten her. Gleichwohl erregte die Sowjetunion 1957 mit einem Doppelcoup beim Wettrüsten neue Ängste. Im August startete sie die weltweit erste ballistische Interkontinentalrakete. Noch spektakulärer war es, als sie am frühen Morgen des 5. Oktober (Moskauer Zeit) mit der gleichen Rakete den ersten, passenderweise »Sputnik« (Weggefährte) genannten Satelliten in den Weltraum beförderte. Während die meisten Europäer den Sputnik als außerordentliche Leistung feierten, als den ersten Schritt zur Eroberung des Alls, begriffen amerikanische Wissenschaftler und Politiker sofort, was er bedeutete, nämlich dass die Sowjetunion bald in der Lage sein könnte, die Vereinigten Staaten aus dem Weltraum heraus anzugreifen. In einem amerikanischen Bericht wurden eine beunruhigende technologische Unterlegenheit gegenüber der Sowjetunion hervorgehoben und ein massiver Ausbau der amerikanischen Raketenstreitkräfte gefordert, was natürlich eine erhebliche Aufstockung der für sie bereitgestellten Mittel erforderte. 1959 machten die Militärausgaben die Hälfte des US-Bundeshaushalts aus. Im Jahr zuvor waren die Amerikaner den Sowjets ins All gefolgt und hatten mit ihren Explorer- und (nach einem peinlichen Fehlversuch) auch den Vanguard-Raketen Satelliten in die Erdumlaufbahn gebracht. Im selben Jahr, im Juli 1958, war die National Astronautics and Space Administration (NASA) ins Leben gerufen worden. Ihre Aufgabe war die wissenschaftliche Erkundung des Alls, aber die militärische Bedeutung ihres sich rasch ausweitenden Forschungsprogramms wurde darin deutlich, dass ein Teil ihres Budgets vom Pentagon beigesteuert wurde und der Raketenforschung zugutekam. Während führende amerikanische Politiker und Militärs weiterhin wie besessen eine »Raketenlücke« gegenüber der Sowjet-

union beschworen und Amerika im Rückstand sahen, verfügten die Vereinigten Staaten, als John F. Kennedy im November 1960 zum Präsidenten gewählt wurde, über etwa 17-mal so viele einsatzbereite Atomwaffen wie die Sowjetunion.

Welche der Supermächte das größere Atomwaffenarsenal besaß, war mittlerweile freilich weitgehend bedeutungslos, denn Anfang der 1960er Jahre hatte das Wettrüsten schon lange den Punkt überschritten, an dem man von der sicheren gegenseitigen Vernichtung, der Mutual Assured Destruction (MAD), wie sie zu Recht genannt wurde (*mad* = englisch für »verrückt«), als realer Gefahr ausgehen musste. Ballistische Interkontinentalraketen konnten ihre zerstörerische Last binnen Minuten in alle Welt bringen. Bomberflotten und U-Boote waren mit Atomwaffen ausgerüstet und jederzeit bereit, sie einzusetzen, sollten sie den Befehl dazu erhalten. Die Welt musste mit der Möglichkeit leben, dass eine Krise so weit eskalieren konnte, dass der Knopf gedrückt oder durch einen Unfall eine nukleare Katastrophe ausgelöst wurde – wie es 1957 fast geschehen wäre, als ein amerikanischer Bomber in eine militärische Anlage in East Anglia stürzte, in der drei Atombomben deponiert waren. Ein Fingerzeig auf die unvorstellbare Verwüstung, die ein Atomkrieg mit sich bringen würde, war die Zündung einer sowjetischen Atombombe am 30. Oktober 1961 über dem nördlich des Polarkreises im Nordpolarmeer gelegenen Archipel Nowaja Semlja. Es war die größte und stärkste Bombe, die während des Kalten Krieges zur Explosion gebracht wurde. 65 Kilometer hoch, über die Stratosphäre hinaus, stieg der Atompilz auf, und der Explosionsblitz war fast 1000 Kilometer weit zu sehen. Die Zerstörungskraft des 50-Megatonnen-Monsters soll 1400-mal größer gewesen sein als diejenige der Bomben, die auf Hiroshima und Nagasaki gefallen waren, und weit größer als diejenige sämtlicher im Zweiten Weltkrieg gezündeten Sprengkörper zusammengenommen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte drei Jahre lang wieder einmal die Berlinfrage im Mittelpunkt der Spannungen zwischen den Supermächten gestanden. Eine große Berlinkrise hatte es bereits 1948 gegeben, als

Stalin die Westmächte aus der Stadt zu vertreiben versuchte. Berlin stand zwar unter Viermächtekontrolle, lag aber, von Westen aus gesehen, rund 160 Kilometer innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone. Der Sowjetdiktator hatte im Frühjahr 1949 schließlich zurückgesteckt, nachdem die Westmächte eine Luftbrücke eingerichtet hatten, die es Berlin fast ein Jahr lang ermöglichte, der Blockade standzuhalten. 1958 hielt Stalins Nachfolger Chruschtschow die Zeit für gekommen, die Westmächte in der Berlinfrage erneut unter Druck zu setzen. Damit reagierte er auf die von der westdeutschen Regierung unterstützte amerikanische Absicht, in Westdeutschland nukleare Mittelstreckenraketen zu stationieren, die ihrerseits eine Reaktion auf den Start sowjetischer Satelliten und Chruschtschows Prahlerei mit den sowjetischen Nuklearfähigkeiten war.

Chruschtschow hatte sich in einem Machtkampf durchgesetzt, der nach Stalins Tod im Jahr 1953 im Kreml ausgebrochen war und sich über zwei Jahre hingezogen hatte. Als Vorsitzender des Ministerrats und Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) verband er die Position des Regierungschefs mit der umfassenden Machtfülle des Parteivorsitzenden, so dass er im Sowjetsystem die absolute Führungsrolle innehatte. Chruschtschow, einstiger Protegé Stalins – und Beteiligter an dessen Säuberungen –, kam aus einer armen, ungebildeten Familie. Er war aus grobem Holz geschnitzt, hatte aber einen scharfen Verstand. Seine oberflächliche Freundlichkeit konnte rasch Temperamentsausbrüchen und offenen Drohungen weichen. Mitte der 1950er Jahre hatte der Westen kurzzeitig gehofft, dass mit einer Sowjetunion unter seiner Führung bessere, weniger angespannte Beziehungen aufgebaut werden könnten. Aber Chruschtschow war ein sprunghafter Charakter, dessen außenpolitisches Handeln weniger vorhersehbar war als das Stalins. Dies erhöhte die Gefahr, dass ein Konflikt zwischen den Supermächten aus dem Ruder lief.

Der Status Berlins war stets ein Stachel im Fleisch sowohl der ostdeutschen Führung als auch ihres Herrn und Meisters in Moskau gewesen. West-Berlin war eine kleine westlich regierte Insel in einem

sowjetisch beherrschten Ozean. Da ganz Berlin formal weiterhin der Kontrolle aller vier Besatzungsmächte unterstand, hatten Angehörige der westlichen Besatzungstruppen das Recht, Ost-Berlin zu betreten und zu verlassen, wie es ihnen beliebte, so wie sowjetische Militärpatrouillen immer noch gelegentlich West-Berlin betraten. Bewohner Ost-Berlins konnten immer noch problemlos nach West-Berlin gelangen, das als Schaufenster des stärker prosperierenden Westens diente. Sie kamen und gingen nicht nur; viele blieben auch, suchten sich eine Arbeit und genossen den höheren Lebensstandard im Westen. Zwischen 1953 und Ende 1956 stimmten über 1,5 Millionen Menschen mit den Füßen über das ostdeutsche System ab, indem sie in den Westen gingen. 1957/58 folgten ihnen eine weitere halbe Million Menschen. Dieses Ausmaß der Abwanderung war weder mit den politischen und ökonomischen Plänen der ostdeutschen Führung noch mit der Erhaltung der DDR als Bollwerk gegen den kapitalistischen Westen vereinbar. Jenseits ökonomischer Erwägungen spielten die jüngsten Entwicklungen eine Rolle: die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und dessen Aufnahme in die NATO sowie die Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf seinem Boden. Darüber hinaus war West-Berlin ein Zentrum westlicher Spionage und Propaganda, der eine zunehmende Zahl von Ost-Berlinern mittlerweile nicht mehr nur durch Radio-, sondern auch durch Fernsehsendungen, die von West-Berliner Boden ausgestrahlt wurden, tagtäglich ausgesetzt war. Nach Chruschtschows Ansicht war es Zeit, am Status quo zu rütteln. Und den Status Berlins erneut in Frage zu stellen bedeutete, die Deutschlandfrage insgesamt wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Am 27. Oktober 1958 verkündete Walter Ulbricht, der Generalsekretär der in Ostdeutschland herrschenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), in einer großen Rede: »Ganz Berlin liegt auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik« und gehöre zu deren Hoheitsbereich. Dies stand in diametralem Gegensatz zum Viermächtestatus Berlins. Ulbricht hatte seine Äußerungen offenbar mit Chruschtschow abgestimmt, denn nur zwei Wochen später,

am 10. November, stellte der Sowjetführer in Moskau fest, es sei an der Zeit, die Besetzung Berlins zu beenden. Am 27. November ließ er die ultimative Forderung an die drei westlichen Besatzungsmächte folgen, der binnen eines halben Jahres durchzuführenden Entmilitarisierung West-Berlins und damit der Beendigung des »Besatzungsregimes« zuzustimmen. Andernfalls müssten sie mit einem unilateralen Vorgehen der Sowjetunion und der DDR zur Erreichung dieses Ziels rechnen. In diesem Fall werde man die während des Krieges getroffenen Vereinbarungen, auf denen die Besetzung beruhe, als hinfällig betrachten.

Es hätte offensichtlich eine erhebliche Schwächung der Westmächte nicht nur in Berlin bedeutet, wären sie auf dieses Ultimatum eingegangen. Ein möglicher Showdown wurde jedoch durch quasi-konziliante diplomatische Schritte der Westmächte – ohne dass tatsächlich etwas zugestanden wurde – sowie durch eine von Eisenhower ausgesprochene Einladung Chruschtschows zu einem Besuch in den Vereinigten Staaten im nächsten Jahr vermieden. Die Frist des Ultimatums lief ab, ohne dass etwas geschah. Und am 15. September 1959 reiste Chruschtschow zu einem zwölf-tägigen Besuch nach Amerika, der zwar keine substantiellen Ergebnisse zeitigte, den Führern der beiden Supermächte aber die Gelegenheit gab, sich persönlich kennenzulernen, und die bislang frostige Atmosphäre zwischen beiden Ländern vorübergehend erwärmte.

Die Krise, die sich zusammengebraut hatte, blieb vorläufig aus. Dass die Sowjetunion bereit war, die Spannung in Mitteleuropa zu verringern, lag unter anderem an der Verschlechterung ihres Verhältnisses zu China – die Mao Zedongs geringer Meinung von Chruschtschow entsprach. Doch die Spannung in Europa sollte wiederaufleben, denn das Problem, das ihr zugrunde lag – die desaströse Abwanderung von Ostdeutschen über West-Berlin –, war ungelöst. Der ständige Bevölkerungsschwund hatte die ostdeutsche Führung schon 1952 veranlasst, die Demarkationslinie zur Bundesrepublik abzuriegeln. In Berlin war die Grenze jedoch offen geblieben und bildete ein Schlupfloch,

durch das Ostdeutsche relativ ungehindert in den Westen gelangen konnten.

Täglich nahmen Hunderte von Ostdeutschen diesen Weg. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle passierten an einem einzigen Tag, dem 6. April 1961, nicht weniger als 2305 Menschen die Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin. Die meisten Flüchtlinge waren jung. Oftmals handelte es sich um Bauern, die vor der im Juni 1958 begonnenen Kollektivierung der Landwirtschaft flohen. Einen großen Anteil derjenigen, die im Westen ein besseres Leben suchten, bildeten auch Facharbeiter, Universitätsabsolventen und junge Freiberufler – die zu verlieren sich der ostdeutsche Staat nicht leisten konnte. 1960 kehrten rund 200 000 Ostdeutsche der DDR den Rücken. Im folgenden Jahr drohte diese Zahl weiter anzusteigen. Allein im April überquerten 30 000 Menschen die Grenze ohne Rückkehrabsicht. Zwischen Oktober 1949, als die DDR gegründet wurde, und August 1961 fielen 2,7 Millionen Ostdeutsche – 15 Prozent der Bevölkerung – auf diese Weise ihr Urteil über das sozialistische System im Osten.

Als Chruschtschow und Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien zum ersten Mal zusammenkamen, stand die Berlinfrage im Mittelpunkt ihrer Gespräche. Chruschtschow hatte für den neuen, unerfahrenen amerikanischen Präsidenten kaum mehr als Verachtung übrig. Kennedy war durch das Schweinebucht-Debakel, eine von der Central Intelligence Agency (CIA) geförderte gescheiterte Landeoperation in Kuba mit dem Ziel, das kommunistische Regime zu stürzen, schwer angeschlagen. Bei dem Treffen in Wien ergriff Chruschtschow die Initiative und stellte Kennedy ein neues Ultimatum: Wenn die Westmächte nicht einwilligten, West-Berlin zu einer »Freien Stadt« zu machen und ihre Zugangsrechte aufzugeben, würde er der DDR die Kontrolle über den Luftkorridor zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland übergeben, so dass westliche Flugzeuge gezwungen werden könnten, auf ostdeutschem Territorium zu landen. Von Chruschtschows Gepolter unbeeindruckt, drohte Kennedy daraufhin mit Krieg.

Als einige Wochen später bekannt wurde, dass der NATO-Rat sich darauf geeinigt hatte, eine Blockade der Zugangswege nach Berlin mit militärischen Mitteln zu verhindern, sah sich Chruschtschow genötigt, seine Meinung, dass keine ernste Kriegsgefahr bestünde, zu ändern. Erst jetzt stimmte er Ulbrichts Ersuchen zu, die Grenze zwischen West-Berlin und dem Gebiet der DDR zu schließen. Ulbricht hatte dies schon im März auf einer Tagung des Warschauer Pakts in Moskau gefordert. (Tatsächlich reichten die Pläne, West-Berlin einzumauern, um den Grenzverkehr mit Ostdeutschland und Ost-Berlin zu unterbinden, bis 1952 zurück.) Am 24. Juli 1961 beschloss das Politbüro der SED, mit den Vorbereitungen für die Abriegelung West-Berlins zu beginnen. Anfang August stimmten die Warschauer-Pakt-Staaten dem Schritt zu, und am 12. August gab Ulbricht den Befehl, die Grenze um Mitternacht zu schließen. Am nächsten Tag, dem 13. August, wurde die Grenze zwischen Ost und West abgeriegelt, zuerst mit provisorischen Stacheldrahtverhauen, die jedoch bald einer 3,60 Meter hohen Betonmauer von knapp 160 Kilometern Länge wichen – mitsamt Wachtürmen, Minenfeldern, Wachhunden und dem Befehl, auf jeden zu schießen, der den »Todesstreifen« auf beiden Seiten der Mauer zu betreten wagte. Dabei sollte es für die nächsten 28 Jahre bleiben.

Die Reaktion des Westens war gedämpft. Tatsächlich passte es den Westmächten gut, dass die Berlinkrise abflaute. Die überdehnte Kolonialmacht Großbritannien wollte ihre Besatzungskosten in Deutschland senken. Frankreich, gleichfalls eine überdehnte Kolonialmacht, war noch weniger bereit, »für Berlin zu sterben« (wie der französische Außenminister eingestand); für Paris stand die ernste Krise in seiner Kolonie Algerien im Vordergrund. Und die westliche Vormacht USA dachte nicht daran, wegen Berlin Krieg zu führen. Daher reagierte der Westen, wie zu erwarten, mit verbalen Protesten, tat aber kaum mehr, abgesehen von einer symbolischen Solidaritätsshow in Form eines Berlinbesuchs des amerikanischen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson und des früheren Helden der Luftbrücke, General Lucius D. Clay. Ebenso symbolisch war die Entsendung von 1500 US-Soldaten

in die Stadt – wo ihnen auf dem zentralen Boulevard, dem Kurfürstendamm, ein begeisterter Empfang bereitet wurde.

In der Tat hatte Washington bereits zu erkennen gegeben, dass die Vereinigten Staaten eine Abriegelung Ost-Berlins hinnehmen würden, solange die Sowjetunion nicht versuchte, den Status West-Berlins zu ändern. Als Kennedy Ende Juli den Amerikanern in einer Fernsehansprache die wesentlichen Bedingungen für Berlin erläuterte – das Recht der Westmächte, in West-Berlin präsent zu sein, das Recht auf freien Zugang zu West-Berlin und das Selbstbestimmungsrecht der West-Berliner –, hatte er Ost-Berlin und die Ost-Berliner mit keinem Wort erwähnt, legitime sowjetische Sicherheitsinteressen in Mittel- und Osteuropa jedoch anerkannt. Kennedy hatte allerdings auch Chruschtschows Zorn erregt, indem er erklärte, er werde den Kongress um eine Erhöhung der Militärausgaben um weitere 3,25 Milliarden Dollar ersuchen, die hauptsächlich den konventionellen Streitkräften zugutekommen sollten. Zu einem seiner engsten Berater sagte er, er könne das westliche Bündnis bei der Verteidigung West-Berlins zusammenhalten, aber »nichts tun, um Ost-Berlin offenzuhalten«. Und am 30. Juli hatte der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Senats, William Fulbright, die Ostdeutschen beinahe aufgefordert, die Grenze zu schließen, indem er in einem Fernsehinterview erklärte, sie hätten das Recht dazu. Damit stand Chruschtschow, der einen Krieg ebenso wenig wollte wie die Westmächte, ein Ausweg aus der Krise offen, die er selbst entfacht hatte.

Der Termin für die Grenzschießung war gut gewählt. Der 13. August 1961 war ein Sonntag, und als die Berliner aufwachten, stellten sie fest, dass von Soldaten bewachte Ost-Berliner Arbeiter in der Nacht quer durch die Stadt Stacheldraht gezogen hatten. Kennedy wurde am Vormittag informiert, da war es in Berlin bereits später Nachmittag. Zusammen mit seinen Beratern gelangte er zu der Auffassung, dass die Grenzbarriere, trotz aller Abscheulichkeit, einem Krieg vorzuziehen sei. »Es ist keine schöne Lösung«, stellte er fest, »aber eine Mauer ist um Längen besser als ein Krieg.« Privat gab

US-Außenminister Dean Rusk zu, dass die Grenzschießung »eine Berlinvereinbarung erleichtern« werde.

Dass die Westmächte aggressiver reagieren würden, war nicht zu erwarten gewesen. Der britische Botschafter in der Bundesrepublik, Christopher Steel, erklärte, er sei überrascht, dass die Ostdeutschen so lange gezögert hatten, die Grenze zu schließen. Der Kommandant der französischen Truppen in Berlin wartete auf Instruktionen aus Paris, die jedoch nicht so bald zu erwarten waren, da die meisten Mitarbeiter des Außenministeriums sich im Urlaub befanden. Auch der französische Präsident Charles de Gaulle ließ sich in seinem Aufenthalt auf seinem Landsitz Colombey-les-Deux-Églises nicht stören und kehrte erst am 17. August nach Paris zurück. In England beging man am Tag vor der Grenzschießung in Berlin den »ruhmreichen Zwölften«, den alljährlichen Beginn der Jagdsaison, an dem die britische Oberschicht sich ihrem Sport des Erlegens von Moorschneehühnern hingab, und Premierminister Harold Macmillan ließ sich auch an diesem 12. August durch nichts von dem Jagdvergnügen ablenken, dem er auf den Ländereien seines Neffen, des Duke of Devonshire, in Yorkshire nachging.

Zwei Monate später, im Oktober 1961, kam es erneut zu einer Krise, die durch eine ebenso gefährliche wie unnötige Eskalation eines kleinen Zwischenfalls entstand. Als ein amerikanisches Diplomaten Ehepaar sich weigerte, ostdeutschen Grenzsoldaten seine Pässe vorzuzeigen, wurde ihm die Einreise zu einem Theaterbesuch in Ost-Berlin verweigert. Daraufhin entsandten die Amerikaner einen Zug Soldaten, der das Paar nach Ost-Berlin eskortierte, und an den nächsten Tagen begleiteten Soldaten mit Gewehren im Anschlag Zivilisten über die Grenze. Das war eine deutliche Provokation. Dann beorderte der Hardliner Clay amerikanische Panzer an den Grenzübergang Checkpoint Charlie, woraufhin die Sowjets ihrerseits hundert Meter entfernt auf der Ostseite zehn Panzer in Stellung brachten. Inmitten dieser Konfrontation hätte die kleinste weitere Provokation den Weltfrieden gefährden können. Aber niemand wollte wegen einer Nichtigkeit –

»diesem kindischen Unsinn«, wie Harold Macmillan es nannte – in eine nukleare Katastrophe schlittern. Den Führungen beider Seiten war klar, dass die Situation entschärft werden musste. Kennedy fand, dass die Angelegenheit weit genug gegangen war, und schickte Chruschtschow – der ebenfalls keine weitere Eskalation wünschte – eine Botschaft, in der er ihm versicherte, dass die Amerikaner bei einem Rückzug der sowjetischen Panzer entsprechend reagieren würden. Nach einer 16-stündigen Konfrontation zogen sich beide Seiten zurück, wenn auch zunächst nur langsam – aber die Krise war über.

In der Folge bildeten sowohl Berlin als auch Deutschland und Europa nicht mehr das Epizentrum des Kalten Krieges. Den Preis für den Stillstand der Konfrontation der Supermächte in Europa in den folgenden knapp drei Jahrzehnten hatten die Völker Osteuropas zu zahlen, nicht zuletzt die Ostdeutschen. Obwohl die Mauer West-Berlin umgab, waren sie die Eingesperreten. Ihre Reisemöglichkeiten waren ebenso beschränkt wie ihre Kommunikationsmittel; sie waren häufig von Verwandten und Freunden getrennt, einem höchst restriktiven Regime und ständiger Überwachung ausgeliefert und hatten keinen Anteil an dem rasch steigenden Lebensstandard ihrer Landsleute im Westen – den sie im westdeutschen Fernsehen bestaunen konnten.

Der Flüchtlingsstrom in den Westen war versiegt. Wer jetzt die DDR verlassen wollte, lief Gefahr, bei der Grenzüberquerung getötet zu werden. Einer der ersten Todesfälle, der kurz nach dem ersten Jahrestag des Mauerbaus zu beklagen war, führte zu schweren Unruhen in West-Berlin. Der 18-jährige Peter Fechter, der am 18. August 1962 unweit des Checkpoint Charlie zu fliehen versuchte, fiel einem Kugelhagel zum Opfer, als er sich anschickte, über den letzten Stacheldrahtzaun zu klettern, der ihn noch von der Freiheit trennte. Zufälligerweise war ein westdeutsches Fernsehteam, das eine Dokumentation über die Mauer drehte, vor Ort und filmte den Todeskampf des jungen Mannes, der vor Schmerzen schreiend dalag, während die ostdeutschen Grenzsoldaten auf ihren Posten blieben und tatenlos

zuschauten. Nach amtlichen Angaben starben in den 28 Jahren, die sie stand, 139 Menschen an der Mauer – nach anderen Schätzungen waren es weit mehr –, der erste eine Woche nach ihrer Errichtung und der letzte ein halbes Jahr vor ihrem Fall.

Dies waren die schrecklichsten menschlichen Verluste der Mauer. Politisch hatte sie dagegen eine beruhigende Wirkung. Eine Dauerkrise wegen Berlin, die sich jederzeit zu einer nuklearen Katastrophe hochschaukeln konnte, war für alle Hauptbeteiligten unannehmbar. Niemand wollte einen Krieg. Die Mauer war ein vernichtendes Urteil über den Sozialismus sowjetischer Art, aber ohne sie wäre die Belastung der ostdeutschen Wirtschaft untragbar gewesen und hätte das politische System der DDR gefährdet. Und ohne Ostdeutschland wäre der gesamte aus sowjetischen Satellitenstaaten bestehende Ostblock ins Taumeln geraten. Dies hätte Moskau wohl kaum untätig hingegenommen. Die Mauer, so zynisch und unmenschlich sie war, beruhigte die Lage nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Mitteleuropa.

Einen Moment höchster Spannung gab es indes noch. Tatsächlich war es der einzige Augenblick während des über vier Jahrzehnte dauernden Kalten Krieges, in dem die Welt an der Schwelle eines Atomkriegs stand. Dass diese Krise, die Tausende von Kilometern entfernt, im Seegebiet um Kuba, ausbrach, Europa in eine nukleare Katastrophe hätte stürzen können, zeigte, wie weit die Konfrontation der Supermächte zu einer globalen Auseinandersetzung geworden war.

Die Krise entstand, als Chruschtschow im Oktober 1962 beschloss, Mittelstreckenraketen in Kuba zu stationieren. Die US-Regierung sah diese Vorgänge im Zusammenhang mit der Berlinfrage und verstand sie als Druckmittel, mit dem sie dazu gebracht werden sollte, in Berlin nachzugeben. Dies scheint tatsächlich ein indirekter Grund für Chruschtschows gefährliche Initiative gewesen zu sein; er war weiterhin von der Berlinfrage besessen, denn ihm war klar, dass die Errichtung der Berliner Mauer in Wirklichkeit eine Niederlage des sozialistischen Ostens war und dem Ansehen des Marxismus-Leninismus in der Welt geschadet hatte. Aber er hatte noch andere Gründe. Der

impulsive Krenlchef war sich schmerzlich bewusst, dass die Sowjetunion in Bezug auf Langstreckenraketen den Vereinigten Staaten hinterherhinkte. Und er reagierte empfindlich darauf, dass amerikanische Mittelstreckenraketen von Stützpunkten in Großbritannien, Italien und der Türkei auf die Sowjetunion zielten. Chruschtschows Absicht war es daher, es den Amerikanern mit gleicher Münze heimzuzahlen und ihnen »etwas von ihrer eigenen Medizin« zu verabreichen, indem er ihnen zeigte, wie es sich anfühlte, Angst vor Raketen zu haben, die vor der eigenen Haustür auf einen gerichtet waren. Darüber hinaus scheint Chruschtschow es für nötig gehalten zu haben, das sowjetische Ansehen in Kuba zu stärken – wo ein zweiter amerikanischer Versuch erwartet wurde, den kommunistischen Staatschef, Fidel Castro, zu stürzen – und zugleich eine breite revolutionäre Bewegung in Lateinamerika zu entfachen.

Als die US-Regierung am 21. Oktober auf die schockierende Nachricht, dass 42 sowjetische Mittelstreckenraketen auf dem Weg nach Kuba seien, mit der Drohung reagierte, die Schiffe abzufangen, und gleichzeitig die Streitkräfte in höchste nukleare Alarmbereitschaft versetzte, stand die Welt einen Schritt vor Armageddon. Das Kräfte-messen mit höchstem Einsatz zwischen Kennedy und Chruschtschow dauerte eine Woche. Nach Tagen unerträglicher Spannung gab der Krenlchef am 28. Oktober schließlich nach und erteilte den Befehl, die Raketen in die Sowjetunion zurückzubringen. Die Welt konnte aufatmen, und die Amerikaner konnten einen Sieg verbuchen – auch wenn einige Hitzköpfe im Pentagon bedauerten, dass es nicht zum Militäreinsatz gekommen war. Aber Chruschtschow ging nicht mit leeren Händen aus der Krise hervor. Kennedy versicherte öffentlich, dass Amerika keinen weiteren Invasionsversuch in Kuba unternehmen werde. Außerdem sagte er zu, die Raketenstützpunkte in der Türkei abzubauen, was damals jedoch geheim gehalten wurde, da es sich formal um NATO-Stützpunkte handelte. Die Raketen wurden im nächsten Jahr aus der Türkei abgezogen, ohne dass öffentlich ein Zusammenhang mit der Kubakrise hergestellt wurde.

Nie zuvor im Kalten Krieg war ein nuklearer Schlagabtausch so nah gewesen, und niemand konnte ausschließen, dass er in Zukunft wieder in solche Nähe rücken würde. Diese Erkenntnis brachte Amerikaner und Sowjets zu der Einsicht, dass das wahnwitzige Wettrüsten beendet oder wenigstens begrenzt werden musste. Die Einrichtung des »Heißen Drahts« – oder Roten Telefons – zwischen Weißem Haus und Kreml im Jahr 1963 war ein Zeichen für die beiderseitige Bereitschaft, die Spannungen und damit das Risiko einer Eskalation bis hin zum nuklearen Konflikt zu verringern. Darüber hinaus schlossen die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Großbritannien – Frankreich beteiligte sich nicht – am 5. August 1963 in Moskau ein begrenztes Atomteststoppabkommen, das, bis auf unterirdische Versuche, alle Atomtests verbot. Es war ein bescheidener Schritt, aber ein Anfang.

Etwas mehr als ein Jahr später, im Oktober 1964, wurde Chruschtschow durch einen »Palastputsch« im Kreml gestürzt. Zu den Gründen gehörte die Kubakrise, deren Anzettelung nach Ansicht der »Putschisten« dem internationalen Ansehen der Sowjetunion ebenso geschadet hatte wie die Zustimmung zum Bau der Berliner Mauer. Mit Chruschtschows Abgang verlor der Kalte Krieg ein sprunghaftes, polterndes, unvorhersehbares Element. An seine Stelle traten zwei neue Sowjetführer: Leonid Breschnew als Generalsekretär der KPdSU und Alexei Kossygin als Ministerratsvorsitzender. Der Machtwechsel im Kreml leitete einen neuen Abschnitt des Kalten Krieges ein. Auch in Zukunft sollte es Spannungen geben, aber nach der Errichtung der Berliner Mauer, der Entschärfung der Kubakrise und dem Sturz Chruschtschows war die schlimmste Hitze aus dem Kalten Krieg entwichen. Eine Zeitlang blieb es, was die internationalen Beziehungen anging, ruhig in Europa.

Mit der Bombe leben. Furcht oder Fatalismus?

»Wir lebten alle in einer Art nervöser Hysterie«, erinnerte sich Eric Hobsbawm, einer der großen Historiker Europas, als er fast fünfzig Jahre später über den »schwarzen Schatten der Pilzwolken« nachdachte. Es war die Sichtweise eines Intellektuellen. Aber wie weit traf seine Verallgemeinerung für die Masse der Europäer zu? Lebten auch sie in ihrer Mehrzahl in ständiger Angst und »nervöser Hysterie«? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten.

Nach vielen Jahren voller Krieg, Blutvergießen, Leid und Elend sehnten sich die meisten Menschen in Ost und West mehr als alles andere nach Frieden und »Normalität«. Auch wenn in vorangegangenen Jahrzehnten von »Normalität« kaum die Rede gewesen sein konnte, bedeutete dies vor allem die Rückkehr zu einem Leben, das sich um Familie und Arbeit drehte, in anständigen materiellen Umständen geführt wurde und vor den schlimmsten Abstürzen in Armut und Unsicherheit gefeit war. Während die Schrecken des Zweiten Weltkriegs langsam verblassten und die Umriss eines neuen Europa aus dem Chaos hervortraten, zählten für die große Mehrheit der Menschen vor allem Sicherheit, Stabilität und Wohlstand. Sie begannen, von besseren Zeiten zu träumen. Aber die Gefahr eines Atomkriegs zwischen den neuen Mächten, die Europa jetzt beherrschten und sich am Eisernen Vorhang, der den Kontinent teilte, misstrauisch gegenüberstanden, warf einen langen Schatten über den Kontinent. Angesichts des Potentials der Atomwaffen, die totale Vernichtung herbeizuführen, waren die Europäer machtlos. Überall auf dem Kontinent (und darüber hinaus) mussten die Menschen lernen, mit der Bombe zu leben. Furcht und Fatalismus gingen Hand in Hand. Es gab gute Gründe für beides.

Wie die Menschen sich mit der neuen Realität der Bedrohung ihrer schieren Existenz arrangierten, variierte natürlich je nach persönlichen Lebensumständen, Glauben und Überzeugungen, sozialer Stel-

lung, Nationalität, Geographie und einer Vielzahl anderer Faktoren. Nicht zuletzt wurde es von den Informationen bestimmt, die sie von Parteien und ihren Führern, Massenmedien sowie Kommentatoren und einflussreichen Persönlichkeiten auf allen Ebenen erhielten. So schwierig Verallgemeinerungen auch sind, scheint es paradoxerweise doch so gewesen zu sein, dass die Ablehnung der Atomwaffen gerade in der Zeit, als die Konfrontation des Kalten Kriegs am gefährlichsten war – zwischen 1950 und 1962 –, kaum ins Gewicht fiel.

In der heißesten Phase des Kalten Kriegs befand sich die Antiatomkriegsbewegung noch in den Anfängen und traf noch nicht auf ein breites Echo. Den westeuropäischen Regierungen gelang es weitgehend, den Bürgern ihrer Länder sowohl eine antisowjetische Einstellung als auch deren Gegenstück einzupflanzen, den Glauben an das Sicherheitsversprechen der Vereinigten Staaten, die als Retter Westeuropas und Garant des künftigen Wohlergehens angesehen wurden. In den anderen Ländern, die sich als Atommächte etablierten, Großbritannien und Frankreich, war die Mehrheit außerdem bereit, eine abschreckende Wirkung des eigenen Atomwaffenarsenals anzunehmen. Deshalb war die Angst vor Atomwaffen in Westeuropa, etwas vereinfacht gesprochen, überwiegend einseitig. Sowjetische Atomwaffen lösten Angst aus, während diejenigen der NATO, also der Vereinigten Staaten (sowie Großbritanniens und Frankreichs), als Sicherheitsgarant empfunden wurden. Der Antiamerikanismus, der ab den späten 1960er Jahren eine sich ausweitende Antiatomkriegsbewegung antreiben sollte, die stark von den Reaktionen auf den Vietnamkrieg geprägt wurde, spielte in den 1950er Jahren eine weit kleinere Rolle.

Einen Eindruck von den Reaktionen auf die Atomkriegsgefahr in Großbritannien in den frühen 1950er Jahren erhält man aus den Tagebucheinträgen von Nella Last, einer verheirateten Frau aus der unteren Mittelschicht, die in ihren Sechzigern stand, in einem Vorort von Barrow-in-Furness in Nordengland ein beschauliches Leben führte und eine Anhängerin der Konservativen Partei war. Am Neujahrstag

1950 schaute sie bedrückt in die Zukunft. In einer amerikanischen Zeitschrift, die eine Freundin ihr gegeben hatte, hatte sie einen Artikel gelesen, in dem ein Krieg für die Zeit nach 1951 als unvermeidlich bezeichnet und die Ansicht vertreten wurde, dass die Atombombe harmlos sei »im Vergleich mit den Bakterienbomben, auf die Russland setzt«. Was sie in Zeitungen und Zeitschriften las, im Radio hörte und in Gesprächen mit Freunden erfuhr, prägte und bestätigte ihre Auffassung über den entstehenden Kalten Krieg. Im Mai machte sie sich aus Sorge über die Bedrohung durch Atomwaffen, und weil sie gehört hatte, dass in Stockholm »20 Meter tiefe atomsichere Schutzräume« gebaut wurden, Gedanken über die Wahrscheinlichkeit eines neuen Krieges und spekulierte darüber, dass die Menschheit ein Leben tief unter der Erdoberfläche fristen könnte. Als Ende Juni der Koreakrieg ausbrach, hatte sie das »unangenehme Gefühl«, die dortigen Ereignisse könnten »die Zivilisation, wie wir sie kennen, zerstören«, und fragte sich, was Russland hinter dem Eisernen Vorhang hielt. Sie befürwortete westliche Schritte, um das »kommunistische Vordringen aufzuhalten«. Noch im selben Monat nahm sie an einer Zivilschutzweisung teil, bei der unter anderem Gasmasken ausprobiert wurden. Was sie über die verheerende Wirkung, die ein Atombombenabwurf auf Barrow hätte, erfuhr, deprimierte sie ebenso wie der Pessimismus des neben ihr sitzenden Mannes, der bemerkte: »Je eher es vorbei ist, desto besser.« »Normale Leute können so wenig tun«, fasste Nella Last ihre Sorge zusammen, »nur beten.«

Ende Juli drückte sie ihre Vorahnungen in Bezug auf den Test »dieser schrecklichen H-Bombe« aus und fragte sich, ob Amerika in Korea eine Atombombe abwerfen werde – und Stalin damit Gelegenheit geben würde, den Westen als Herd von »Tod und Verstümmelung« zu verdammen. Großbritannien hielt sie für zu schwach, um eine solche Entscheidung beeinflussen zu können. »Und wenn wirklich etwas Schreckliches geschähe«, fuhr sie fort, könne, da Russland die Atombombe habe, »leicht die Hölle losbrechen. Ein grauenhafter Gedanke.« Nella Last hegte eine »tiefe Furcht, dass eine weitere

Atombombe abgeworfen wird«, und glaubte, dass dies immer wahrscheinlicher werde, zumal es »keine andere Waffe gegen eine solche Gefahr« gab. Gegen Jahresende hatte sie angesichts der »Gewissheit von Stalins tiefsitzenden Plänen, Europa zu schlucken und nach Europa die ganze Welt«, den Eindruck, »dass Menschen und Länder noch nie zuvor in der Geschichte der Welt mit einer derart schwierigen Situation konfrontiert waren«. Ihre Angst vor der Sowjetunion und Beunruhigung über sie waren grenzenlos. »Neben Stalin«, vertraute sie ihrem Tagebuch an, »wirkt Hitler wie ein Pfadfinder. Er ist der Antichrist, und nicht Hitler.«

Nach der heißesten Phase des Koreakriegs scheint Nella Lasts Sorge über die Atombombe, die sie 1950 in vielen Einträgen ihrem Tagebuch anvertraut hatte, nachgelassen zu haben. Sie mag politisch bewusster gewesen sein als die meisten ihrer britischen Zeitgenossen, dennoch dürften ihre Ansichten in der Zeit, als der Ausbruch des Koreakriegs neue Ängste schürte, für ihre Generation und soziale Schicht ziemlich typisch gewesen sein. Dass ihre Befürchtungen für größere Teile der Bevölkerung repräsentativ waren, ist jedoch zu bezweifeln. Auf der Linken stieß die atomare Aufrüstung gewiss häufig auf Ablehnung. Im März 1952 rebellierten 57 Unterhausabgeordnete der oppositionellen Labour Party gegen die Parteiführung, indem sie die britische Wiederaufrüstung verurteilten, und nachdem im Herbst desselben Jahres der erste britische Atombombentest stattgefunden hatte, verschärfte sich die Kritik des linken Parteiflügels. Als Großbritannien 1957 die noch weit verheerendere Wasserstoffbombe testete, schien die Labour Party vor der Spaltung zu stehen. Auf der Jahreskonferenz in jenem Jahr forderten nicht weniger als 127 Delegierte die Abrüstung, der Parteivorsitzende Hugh Gaitskell war wegen der Unterstützung des Aufbaus einer eigenen nuklearen Abschreckung vor allem von Seiten des linken Hitzkopfs Aneurin Bevin heftigen Angriffen ausgesetzt. Doch die Parteiführung wusste die Mehrheit der Parteimitglieder hinter sich und beharrte entschlossen auf ihrer Ablehnung einer unilateralen nuklearen Abrüstung Großbritanniens.

Auch manche Vertreter der anglikanischen Kirche schlossen sich der Kritik am britischen Atomwaffenbesitz an. Doch ein Aufruf von 51 anglikanischen Geistlichen an das britische Volk, gegen den Erwerb von Atomwaffen zu protestieren, verhallte ungehört. Der Widerstand gegen das britische Bestreben, Atommacht zu werden, war auf eine kleine Minderheit beschränkt. Ein früherer Minister aus den Reihen der Labour Party räumte das allgemeine Desinteresse der meisten Menschen ein: Soziale und wirtschaftliche Fragen lägen ihnen näher. In Bezug auf die Atombombe gebe es nur ein »kollektives Schulterzucken«.

Die Menschen fanden die Atombombe sicherlich furchtbar; aber es sei besser, sie zu besitzen, sagten sie sich, und als normaler Bürger könne man sowieso kaum etwas tun. In den späteren 1950er Jahren nahm die Furcht vor der Bombe jedoch zu, und die Stimmen, die den Abbau des britischen Atomwaffenarsenals forderten, wurden lauter. Auch in einer ganzen Reihe literarischer und filmischer Werke kam das Gefühl der Angst zum Ausdruck, auch wenn die düsterste Darstellung der Folgen eines Nuklearangriffs auf Großbritannien, der Film *The War Game* von 1965, von der BBC als zu grauenerregend für ein Massenpublikum eingeschätzt und nicht ausgestrahlt wurde.

Die Furcht vor Atomwaffen führte Ende der 1950er Jahre zu ersten organisierten Protesten. Die im Februar 1958 gegründete Kampagne für nukleare Abrüstung (Campaign for Nuclear Disarmament, CND) wurde von einer Reihe linker Intellektueller und bekannter Persönlichkeiten unterstützt, wie dem Philosophen Bertrand Russell, der sich seit langem als Kriegsgegner hervorgetan hatte, oder dem bekannten Geistlichen der anglikanischen Kirche und Kanoniker der Londoner St. Paul's Cathedral John Collins, einem glühenden Pazifisten. An ihrer ersten Kundgebung im folgenden Jahr in London, auf der die einseitige nukleare Abrüstung Großbritanniens gefordert wurde, nahmen 5000 Menschen teil, überwiegend Anhänger der Labour Party. Im selben Jahr besaß die Kampagne schon über 270 Ableger in ganz Großbritannien. Die Ostermärsche, die seit 1958 stattfanden –

der erste führte von London zum Atomforschungszentrum im rund 80 Kilometer entfernten Aldermaston –, hatten immer beeindruckendere Teilnehmerzahlen vorzuweisen; 1962 nahmen schätzungsweise 150 000 Menschen an dem Marsch teil. Die Teilnehmer waren überwiegend gebildete Mittelschichtangehörige aller Altersgruppen und standen zumeist der Labour Party nahe; zwei Drittel von ihnen waren Männer, fast die Hälfte Christen und ungefähr ebenso viele kompromisslose Pazifisten.

Manche waren weltfremde Idealisten. Dora Russell, die zweite Ehefrau von Bertrand Russell, eine engagierte Feministin und bekannte Kämpferin für soziale Anliegen, versorgte den Ostermarsch aus ihrem ramponierten Kampagnenbus mit Tee. Der Marsch nach Aldermaston im Jahr 1958 brachte sie auf die Idee, mit Frauen aus Osteuropa und der Sowjetunion zusammen eine Friedensinitiative zu starten. Die Frauenkarawane für Frieden, die sie mit 64 Jahren organisierte (und die in Wirklichkeit aus ihrem Bus und einem Ford-Lastwagen bestand) brach mit 19 Teilnehmerinnen zu einem außergewöhnlichen, 14 Wochen dauernden Kreuzzug durch einen großen Teil von Mittel- und Osteuropa auf, der in Moskau endete, wo die Frauen mit dem Sowjetischen Friedenskomitee zusammenkamen und zu einer Tour zu ausgewählten landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften (Kolchosen) eingeladen wurden. Sie kehrten mit dem Zug nach England zurück, wo die heroische Geschichte, die sie zu erzählen versuchten, jedoch auf wenig Interesse stieß.

Die Angst vor dem Atomkrieg war zu keinem Zeitpunkt größer als während der Kubakrise im Oktober 1962.* Dieses Datum markierte für fast zwanzig Jahre den Höhepunkt des CND-Protests. Nach dem Teststoppabkommen im folgenden Jahr nahm die Unterstützung der

* Dies war der einzige Zeitpunkt während des gesamten Kalten Kriegs, in dem ich selbst diese Furcht verspürte. Ich hatte gerade mein Studium aufgenommen, war aber über einen möglichen nuklearen Angriff auf Großbritannien beunruhigt genug, um zu überlegen, ob ich nicht nach Hause zu meiner Familie zurückkehren sollte. Binnen weniger Tage war die Gefahr jedoch gebannt und mit ihr auch meine Furcht.

Kampagne ab. Die CND war stets eine Minderheitenbewegung gewesen, die zwar eine gewisse Bedeutung hatte, aber nie die Mehrheit der britischen Bevölkerung und noch nicht einmal diejenige der Labour Party für sich gewinnen konnte. Die meisten Menschen erlagen dem Trugschluss, dass der Besitz der Atombombe Großbritannien im Fall eines Atomkriegs unabhängiges Handeln erlaube. Im Zuge der Kubakrise wurde jedoch klar, dass Großbritannien wahrscheinlich auf jeden Fall angegriffen würde, ob es nun eigene Atomwaffen besaß oder nicht. Gegner der Atomrüstung zogen daraus den Schluss, dass der Besitz der Bombe sinnlos sei. Dies sah die Mehrheit der Briten jedoch anders. Sie wollte auf eine eigenständige britische Atomstreitmacht nicht verzichten. Nach ihrer Meinung bot die Bombe Sicherheit, da sie einen Angriff abschreckte – der, wie man allgemein annahm, höchstwahrscheinlich von Seiten der Sowjetunion erfolgen würde. Wann die Bombe, wenn überhaupt jemals, eingesetzt werden sollte und ob die Entscheidung über ihren Einsatz unabhängig von den Vereinigten Staaten getroffen werden könnte, diese Fragen wurden selten gestellt. Der Glaube, dass Großbritannien sich auf seinen siegreichen Kriegsverbündeten, die Vereinigten Staaten, verlassen könne, dürfte eine gewisse Zuversicht und sogar Bequemlichkeit gefördert haben.

Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Briten die atomare Aufrüstung mit Begeisterung aufnahmen. Vielmehr empfanden die meisten von ihnen eine Mischung aus fatalistischer Hinnahme dessen, was sie nicht ändern konnten, und vorsichtigem Optimismus für die Zukunft. Eine Umfrage im Jahr 1959, in der die Befragten gebeten wurden, in die Kristallkugel zu schauen und zu sagen, wie die Situation im Jahr 1980 aussehen würde, ergab, dass nur 6 Prozent mit einem Atomkrieg rechneten, 41 Prozent aber vermuteten, dass die Sowjetunion und der Westen »in Frieden miteinander leben« würden. Und während des Wahlkampfes von 1964 nannten in einer Umfrage lediglich 7 Prozent die Verteidigung als Hauptanliegen. Nicht die Furcht vor dem nuklearen Armageddon, sondern Alltagsorgen beherrschten das Leben der Menschen.

In den 1950er und frühen 1960er Jahren befanden sich Großbritannien und Westdeutschland in vielerlei Hinsicht an entgegengesetzten Enden des Spektrums der Reaktionen auf die vom Kalten Krieg ausgehenden Gefahren. Großbritannien betrachtete sich selbst als weitgehend vom Kontinent getrennt, als einer der Sieger des Zweiten Weltkriegs und immer noch als Großmacht mit eigenem Kolonialreich und seit 1952 mit eigenen Atomstreitkräften. Westdeutschland trug all die psychologischen und materiellen Narben der Weltkriegsniederlage. Als Produkt der deutschen Teilung und (bis 1955) besetztes und entmilitarisiertes Land befand es sich zudem an der Frontlinie der Konfrontation des Kalten Krieges und würde das erste Schlachtfeld sein, sollten jemals Feindseligkeiten zwischen den Supermächten ausbrechen. Anders gesagt, war es das wahrscheinlichste Ziel nuklearer Vernichtung, wenn die Konfrontation außer Kontrolle geraten sollte. Die Menschen in beiden Ländern reagierten teils ähnlich, teils aber auch sehr unterschiedlich auf die Atomkriegsgefahr.

Da sie sich in den Nachkriegsjahren nur zu oft im Auge des Sturms befanden, waren die Westdeutschen besonders empfindlich für die von internationalen Krisen ausgehende Gefahr für den Weltfrieden. Im Oktober 1956 beispielsweise löste die Doppelkrise des Volksaufstands in Ungarn und des unter einem schlechten Stern stehenden britisch-französischen Suez-Abenteuers in Westdeutschland Kriegsängste aus. In Großbritannien dagegen waren die starken Sympathien für die Ungarn, die unter der blutigen Repression durch die Sowjets gelitten hatten, im Allgemeinen nicht mit der Befürchtung verbunden, dass der Aufstand zum Krieg führen könnte. Und die Invasion britischer, französischer und israelischer Truppen in Ägypten spaltete zwar die öffentliche Meinung, wurde aber von einer Mehrheit der Bevölkerung gebilligt – nachdem die Operation kläglich gescheitert war, sah die Sache allerdings anders aus. In Westdeutschland dagegen befürchtete noch im November 1956 weit über die Hälfte der Bevölkerung den Ausbruch eines neuen Krieges. Ein fast genauso großer Teil der Bevölkerung war der Ansicht, dass die Sowjetunion ihre Drohung

von Raketenangriffen auf Großbritannien und Frankreich wahr gemacht hätte, wenn sie in Ägypten nicht einem Waffenstillstand zugestimmt hätte. Anfang der 1950er Jahre glaubte eine Mehrheit der Westdeutschen, dass die westlichen Demokratien und der kommunistische Osten auf lange Sicht nicht in Frieden miteinander leben konnten. Zwischen 1951 und 1963 befürchtete fast die Hälfte der befragten Westdeutschen den Ausbruch eines weiteren Krieges und rechnete mit einem neuen Weltkrieg. Ein Drittel der Bevölkerung glaubte, dass in einem künftigen Krieg Atomwaffen zum Einsatz kommen würden.

Franz Göll, ein damals 58-jähriger West-Berliner aus der unteren Mittelschicht, hegte ganz gewiss diese Befürchtung. Er lebte allein und vertraute seine Überlegungen einzig seinem Tagebuch an. 1958 befürchtete er: »Soweit also hätten wir uns einem dritten Weltkrieg schon genähert, dass man ›stündlich‹ mit seinem Beginn rechnet und entsprechende Vorkehrungen getroffen hat.« Die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden lehnte er rundweg ab, da sie Deutschland in einem künftigen Krieg zum Angriffsziel machen und seine Optionen bei Konfrontationen der Mächte einschränken würden. Westdeutschlands Aufnahme in die NATO beruhigte ihn nicht, und er befürchtete, dass irgendein unvorhersehbarer Zwischenfall eine nukleare Antwort der Vereinigten Staaten auslösen könnte. Je größer das Waffenarsenal, desto wahrscheinlicher war es nach seiner Ansicht, dass eine akute Bedrohung »zum Anreiz für die Knopfdrücker« würde. Wiederaufrüstung und Atomwaffen, so Gölls Schlussfolgerung, garantierten Deutschlands Sicherheit nicht, sondern gefährdeten sie.

Trotz solcher Ängste fand der Protest gegen Atomwaffen in Westdeutschland in der gefährlichsten Phase des Kalten Kriegs relativ wenig Widerhall. Als 18 international renommierte westdeutsche Atomphysiker – unter ihnen Carl Friedrich von Weizsäcker, Otto Hahn und Werner Heisenberg – 1957 einen Appell unterzeichneten, der sich gegen die Ausrüstung der kurz zuvor gegründeten Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen richtete (den die Bundesregierung

in Erwägung zog), rief ihr Einspruch ein weltweites Echo hervor, wurde aber in Westdeutschland selbst kaum wahrgenommen. Dennoch wurde Anfang 1958, von diesem Protest und der britischen CND angeregt, eine Organisation gegründet, die den westdeutschen Widerstand gegen Atomwaffen anführen sollte. Unterstützt wurde die »Kampf dem Atomtod« genannte Bewegung von Teilen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), bekannten Intellektuellen, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und protestantischen Theologen. Zu ihren führenden Vertretern gehörten der evangelische Theologe Martin Niemöller und der katholische Intellektuelle Eugen Kogon – die beide in der NS-Zeit in Konzentrationslagern eingesperrt waren –, der berühmte Schriftsteller Heinrich Böll sowie Gustav Heinemann, eine herausragende Figur der evangelischen Kirche und ein Politiker von Rang – der als Christdemokrat Adenauers erstem Kabinett angehört hatte, inzwischen aber der SPD beigetreten war und später Bundespräsident werden sollte.

Während sich die evangelische Kirche, obwohl in dieser Frage tief gespalten, intensiv an der Debatte über Atomwaffen beteiligte, hielt sich die westdeutsche katholische Kirche heraus. Ihren Standpunkt hatte der Erzbischof von Köln, Josef Kardinal Frings, 1950 dargelegt. Danach war es eine moralische Pflicht, gegen den Totalitarismus zur Waffe zu greifen, und die katholische Kirche beharrte weiterhin auf der Möglichkeit eines »gerechten Krieges«, selbst wenn er mit Atomwaffen ausgefochten wurde. Dieser Position lag die Erfahrung des Nationalsozialismus zugrunde, aber sie wurde jetzt auf das vermeintliche Übel des Sowjetkommunismus übertragen. Eine extreme – wenn nicht gar wahnwitzige – Auffassung vertrat der Jesuit und Sozialwissenschaftler Gustav Grundlach, der 1959 – von anderen katholischen Autoren dafür gescholten – erklärte, der Untergang der Welt in einem Atomkrieg sei dem Übel einer totalitären Herrschaft vorzuziehen.

Die Organisation »Kampf dem Atomtod« versuchte die öffentliche Meinung gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu mobilisieren und den Abzug alliierter Atomwaffen aus der Bundes-

republik zu erzwingen. Dem Vorbild des Protestzugs nach Aldermaston folgend, wurden ab 1960 Ostermärsche organisiert, nachdem die Zeitungen im vorangegangenen Winter gemeldet hatten, bundesdeutsche Truppen hätten Atomwaffen getestet. In den nächsten Jahren gewannen die Demonstrationen an Zulauf. 1964 fanden in fast allen westdeutschen Großstädten Ostermärsche statt, an denen schätzungsweise 100 000 Menschen teilnahmen. Intellektuelle, Geistliche, Schriftsteller, Künstler, Rechtsanwälte und Gewerkschafter waren prominente Teilnehmer, auffallend war aber auch die Teilnahme vieler junger Leute. Die großen Parteien – Christdemokraten, Freie Demokraten und Sozialdemokraten – und der größte Teil der Presse standen der Antiatomwaffenbewegung jedoch ablehnend gegenüber.

Angesichts einer solchen Phalanx mit Einfluss auf die öffentliche Meinung überrascht es nicht, dass sich die Mehrheit der Westdeutschen von den Protesten nicht angesprochen fühlte. Dass man kaum damit rechnen konnte, für Abrüstungsvorschläge eine Mehrheit zu gewinnen, lag vor allem an der Nähe der vermeintlichen kommunistischen Bedrohung. Außerdem war der Anfang der Protestbewegung zufällig mit dem Ausbruch der von Chruschtschow entfachten Berlinkrise zusammengefallen, und für die meisten Menschen folgte aus der Sorge über eine Eskalation des Konflikts nicht, dass Atomwaffen abzulehnen waren. Es schien nicht die richtige Zeit zu sein, um das Risiko der Abrüstung einzugehen. Zudem übernahmen in West-Berlin Kommunisten – auch wenn die offizielle westdeutsche Kommunistische Partei 1956 verboten worden war – die Führung von »Kampf dem Atomtod«, was der Bewegung kaum dienlich war. Sie hatte nur begrenzten Erfolg und war nur kurze Zeit aktiv. Es sollte über zwei Jahrzehnte dauern, bis die Antiatomwaffenbewegung in Westdeutschland neuen Auftrieb erhielt.

Auch in Frankreich, das als zweites westeuropäisches Land eine eigene Atombombe baute, hatte die Antiatomwaffenbewegung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. 1959 war die öffentliche Meinung in der Frage, ob Frankreich eine eigene Atomstreitmacht auf-

bauen sollte, zu gleichen Teilen in Befürworter und Gegner gespalten. Die konservative Presse war dafür, die linke dagegen. In den folgenden Jahren sprach sich in Umfragen ein immer größerer Teil der Befragten für eine multilaterale nukleare Abrüstung aus. Aber eine französische Bombe wurde als prestigeträchtiges Symbol betrachtet, als Zeichen von Frankreichs Großmachtstatus. Es gab gewichtige Stimmen, die den Bau der Bombe ablehnten. Aber sie vertraten nicht die Mehrheit der Franzosen, der der erbittert geführte Algerienkrieg größere Sorgen bereitete als die Aussicht darauf, dass Frankreich zur Atommacht wurde. 1959 appellierten Hunderte von Schriftstellern und bekannten Persönlichkeiten – wie Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir –, Akademiker, Naturwissenschaftler und führende Geistliche an Charles de Gaulle, der im vorangegangenen Jahr zum ersten Präsidenten der Fünften Französischen Republik geworden war, die Atombombentests abzusagen. Dennoch fand am 13. Februar 1960 der erste französische Atombombentest statt, und zwar mit breiter öffentlicher Zustimmung, wie eine Umfrage einen Monat nach dem Test ergab. Rund 67 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass der Besitz der Atombombe Frankreichs internationalen Stellenwert erhöhte. 1964, nach Abschluss des partiellen Teststoppabkommens – das Frankreich nicht unterzeichnet hatte –, waren jedoch mehr Franzosen gegen eine französische Atomstreitmacht als dafür. Dies spiegelte die tiefe politische Spaltung der Franzosen in vielen Fragen wider. Mitte der 1960er Jahre waren die nichtgaullistischen Parteien gegen die französische Bombe, während die Konservativen für sie waren.

In weiten Teilen Europas bildete sich ein gemeinsames Muster heraus. Die Antiatomwaffenbewegung erhielt Zulauf, insbesondere von gut gebildeten Mittelschichtangehörigen und der extremen Linken, stieß aber auf die Ablehnung des politischen Establishments, des Militärs und des größten Teils der Presse. Häufig unterstützte keine der großen Parteien die Antiatomwaffenbewegung, so auch in den Niederlanden, wo die sozialdemokratische Partei der Arbeit wie die

Konservativen der Aufstellung von NATO-Atomwaffen zustimmte. In katholischen Ländern musste die Antiatomwaffenbewegung mit der Ablehnung der Kirche zurechtkommen, etwa in Italien, wo die katholische Kirche die atomwaffenfreundliche Politik der herrschenden Christdemokraten unterstützte. (Dies begann sich jedoch 1963 nach der Veröffentlichung der Enzyklika *Pacem in Terris*, Friede auf Erden, von Papst Johannes XXIII. zu ändern, die sich auch international nachhaltig auf die katholische Haltung zu Krieg und Frieden auswirkte.)

Infolgedessen vermochte die Antiatomwaffenbewegung nirgends die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Meinungsumfragen belegten eine verbreitete und zunehmende Zustimmung zur nuklearen Abrüstung *aller* Länder, und als Schritt in diese Richtung befürwortete man ein Testverbot für Atomwaffen. Aber die einseitige Abrüstung stand auf einem anderen Blatt.

Zu den stärksten Befürwortern der Antiatomwaffenkampagne außerhalb Großbritanniens und Westdeutschlands gehörten die Griechen, was insofern merkwürdig war, als Griechenland keine starke pazifistische Tradition besaß. Aber auch dort hielten Politik und Militär hartnäckig dagegen. Vorbild der griechischen Bewegung war der CND-Marsch nach Aldermaston, und die kubanische Raketenkrise ließ ihre Reihen deutlich anschwellen; insbesondere Studenten schlossen sich an. Unterstützung erhielt sie zudem von Kommunisten, deren Partei seit dem Bürgerkrieg in den späten 1940er Jahren verboten war. Die konservative Regierung entdeckte in der Protestbewegung revolutionäre Tendenzen und reagierte mit massiver Repression. 1963 wurde nicht nur ein Marsch von Marathon nach Athen verboten, sondern es wurden auch 2000 Demonstranten verhaftet und mehrere Hundert verletzt. Doch die Taktik ging nach hinten los. Die Bewegung wurde nicht schwächer, sondern stärker. Als der unabhängige Abgeordnete Grigoris Lambrakis, der als Einziger – aufgrund seiner parlamentarischen Immunität – den verbotenen Marsch von 1963 zu Ende bringen konnte, noch im selben Jahr von rechten Paramilitärs

ermordet wurde, nahmen nicht weniger als eine halbe Million Menschen an seiner Trauerprozession teil. Im folgenden Jahr beteiligten sich 250 000 Menschen am letzten Abschnitt des diesmal genehmigten Marathon-Marschs. Aber die Antiatomwaffenbewegung blieb ziemlich desorganisiert, in ihrer politischen Zielsetzung unklar und von kommunistischer Unterstützung abhängig – was viele Griechen abstieß –, und sie besaß in Gestalt des politischen Establishments und des Militärs mächtige Gegner. Trotz der beachtlichen Mobilisierung für die Marathon-Märsche sollte man die Unterstützung für die Antiatomwaffenbewegung durch die Griechen nicht überbewerten. Sie waren, wie die Bewohner aller westeuropäischen Länder, in Bezug auf die angsteinflößenden neuen Waffen gespalten, aber weitgehend einig darin, dass man sie behalten sollte, wenn ihre Abschaffung die Vorherrschaft des Sowjetkommunismus nach sich ziehen würde.

Selbst in der neutralen Schweiz folgte aus der Furcht vor der Atombombe nicht automatisch, dass man die Proteste gegen Atomwaffen unterstützte. Die öffentliche Meinung war weitgehend von einer Presse geprägt, die sich der nuklearfreundlichen Haltung von politischem Establishment und Militär anschloss. Als eine Basisbewegung eine Volksabstimmung über die Ausrüstung der Schweizer Streitkräfte mit taktischen Atomwaffen erzwang, wurde diese mit einer Zweidrittelmehrheit gebilligt. Doch die Regierung, die keinen Widerstand entfachen und das Land in einer solch umstrittenen Frage nicht spalten wollte, unternahm trotz des Abstimmungssiegs nichts, um die Streitkräfte mit Atomwaffen auszurüsten.

Nur in Dänemark und Norwegen stimmte die Ablehnung von Atomwaffen mit der Regierungspolitik überein. Mit Demonstrationen sollte verhindert werden, dass die Regierungen sie erwarben oder ihrer Stationierung zustimmten. In Dänemark rannten die Atomwaffengegner offene Türen ein, da keine der großen Parteien die Stationierung von Atomwaffen befürwortete. Das Gleiche galt für Norwegen, wo das Parlament die Aufstellung von Atomwaffen abgelehnt hatte. Der Beschluss stieß auf breite Zustimmung, aber darüber hinaus

fand die norwegische Antiatomwaffenagitation aufgrund des Fehlens offensichtlicher praktischer Ziele kaum Widerhall. In Schweden konnte der wachsende Widerstand gegen eine nukleare Bewaffnung vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Wettrüstens zwischen den Supermächten einen Erfolg verbuchen. Die Unterstützung für den Bau einer schwedischen Atombombe ließ nach dem Beginn der Nukleardebatte im Jahr 1957 rasch nach. Hatten sich anfangs 40 Prozent der Schweden dafür ausgesprochen, waren rund ein Jahrzehnt später 69 Prozent dagegen. Mitte der 1960er Jahre legte sich die schwedische Regierung auf eine nichtnukleare Verteidigung fest.

In jedem Land in Westeuropa entstand, häufig von der britischen CND angeregt, eine eigene Antiatomwaffenbewegung. Manchmal, wie in Großbritannien, lag der Schwerpunkt auf der einseitigen nuklearen Abrüstung, aber in den meisten Fällen wurden die weltweite Abschaffung von Atomwaffen und ein sofortiges Testverbot angestrebt. Diese Bewegungen waren mit dem Pazifismus verknüpft, gingen aber weit über ihn hinaus und erreichten zwischen 1957 und 1963 ihren Höhepunkt, bevor sich die Spannungen nach dem Abschluss des Teststoppabkommens im Jahr 1963 abschwächten. Der weitreichende Einfluss der CND offenbarte den internationalen Charakter der Friedensbewegung. Gleichwohl rangierten nationale Erwägungen an erster Stelle. Ob ein Land auf Geschichte und Kultur einer Großmacht zurückblickte oder in Neutralität und Blockfreiheit wurzelte, war für die Haltung der Menschen von großer Bedeutung, ebenso wie der Einfluss der christlichen Kirchen, das Ausmaß der öffentlichen Unterstützung linker Parteien, der Bildungsstandard und die Rolle der Massenmedien, wenn sie als Multiplikatoren der Regierungspolitik die Angst vor dem Kommunismus schürten und Protestbewegungen unterminierten.

Ist das Ausmaß der von Furcht und Fatalismus geprägten Haltung zu Atomwaffen sowie ihrer Ablehnung in dieser Zeit in Westeuropa schon schwer einzuschätzen, so ist es völlig unmöglich, ein klares Bild der Meinung der Osteuropäer zu diesem Thema zu gewinnen.

Wer die sowjetische Einstellung zu Atomwaffen, zum Kalten Krieg und zum Westen missbilligte, konnte dies öffentlich nicht äußern. Die öffentliche Meinung wurde von den Führungen der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten bestimmt und diente dazu, eine einhellige Unterstützung ihrer Politik vorzuspiegeln. Abweichende Stimmen waren in der Öffentlichkeit nicht zu hören, und es gab auch nicht viele. In der unablässigen massiven Propaganda war ständig von westlichen »Imperialisten«, »Kriegstreibern« und »Faschisten« die Rede, die angeblich Frieden, Demokratie und Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern bedrohten. Amerika wurde in den grellsten Farben als Land gemalt, das bedrohlich »die Atombombe schwingt«, während die Sowjetunion »zur Verteidigung des Friedens auf Wache steht«.

Als sich der Kalte Krieg in den späten 1940er Jahren verschärfte, hatte sich die Haltung des Sowjetblocks verhärtet. 1950 hatte sich ein Selbstbild der Sowjetunion herausgebildet, das sie als Führer einer riesigen internationalen Bewegung gewöhnlicher Menschen zeigte, die Frieden und Freiheit von der Tyrannei nuklearer Waffen in den Händen »westlicher Imperialisten« wollten. Im März 1950 traf sich in Stockholm, von der Furcht vor einem Krieg mit den Vereinigten Staaten getrieben, das Ständige Komitee des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden, einer internationalen Organisation prosovietischer Aktivisten, um ein Friedensprogramm zu entwerfen. Das Ergebnis war der Stockholmer Appell, der ein »bedingungsloses Verbot der Atomwaffe« forderte. Nach dem Treffen wurde eine gewaltige, genau geplante Kampagne mit Großkundgebungen, Betriebsversammlungen und Propaganda bis in die Wohnumgebung der Menschen gestartet, um im gesamten Ostblock und darüber hinaus Unterschriften zur Unterstützung des Appells zu sammeln.

Angeblich unterschrieben über 500 Millionen Menschen aus 79 Ländern den Appell – 400 Millionen Einwohner kommunistischer Staaten und über 100 Millionen aus der übrigen Welt, zumeist Sympathisanten der Sowjetunion. Bis Ende 1950 hatten 115 Millionen

Sowjetbürger – mehr oder weniger die gesamte erwachsene Bevölkerung der UdSSR – unterschrieben. Aus Ungarn wurden unwahrscheinliche 7,5 Millionen Unterschriften gemeldet – bei einer Gesamtbevölkerung, einschließlich Kindern, von 9,2 Millionen. In Polen kamen 18 Millionen Unterschriften zusammen. Die 190 000, die nicht unterschrieben hatten (manche, wie vereinzelt erklärt wurde, weil sie krank oder behindert waren), wurden als »Kulaken« und »städtische Spekulanten«, als »reaktionäre Sektion der Geistlichen und Mitglieder der Zeugen Jehovas« beschimpft. Nur Jugoslawien, das seit dem Zerwürfnis von 1948 unter Dauerbeschuss aus Moskau stand, schlug einen anderen Weg ein. Seine eigene Friedensbewegung brandmarkte sowohl die Aggressivität der Westmächte als auch den »sowjetischen Imperialismus«, der eine Gefahr für den Weltfrieden darstelle.

Obwohl die schlimmsten Auswüchse der Verfolgung abweichender Ansichten nach Stalins Tod im Jahr 1953 aufhörten, konnte die völlige Ablehnung der Nuklearpolitik der Sowjetunion auch danach nicht öffentlich geäußert werden. Eine Reihe führender Naturwissenschaftler setzte sich, zum Teil von Kontakten mit Kollegen in der westlichen Friedensbewegung ermutigt, hinter den Kulissen für die Kontrolle und Abrüstung von Atomwaffen ein. Doch dies war selbst auf höherer Ebene nicht ungefährlich. So wurde der Atomphysiker Andrei Sacharow, der eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der sowjetischen Wasserstoffbombe gespielt hatte, in den 1970er Jahren für seine unverblümt geäußerten Ansichten über die Lage der Menschenrechte und die Unterdrückung der Freiheit in der Sowjetunion verfolgt. Als er sich 1961 in einer Sitzung von hohen Regierungsvertretern und führenden Atomwissenschaftlern gegen die Wiederaufnahme von Atombombentests aussprach, kanzelte Chruschtschow ihn beim anschließenden gemeinsamen Mittagessen vor versammelter Mannschaft in einer mindestens halbstündigen Tirade ab.

In einer geschlossenen Sitzung geäußerter Widerspruch sickerte natürlich nicht in die Öffentlichkeit durch. Einen Hinweis darauf, dass die offizielle Haltung des Regimes nicht ganz mit der Einstel-

lung der Bevölkerung zu Atomwaffen übereinstimmte, lieferte jedoch der herzliche Empfang, den Passanten in vielen sowjetischen Städten und Dörfern 31 Friedensmarschierern bereiteten, die von San Francisco nach Moskau unterwegs waren und die letzten Etappen ihres 8000-Kilometer-Marschs durch die Sowjetunion laufen durften. Was die Menschen privat über die Eskalation des nuklearen Wettrüstens dachten und wie groß ihre Furcht war, darüber kann man jedoch nur mutmaßen.

Die Annahme, dass die Einstellung der meisten Sowjetbürger spiegelbildlich der westlichen Furcht vor der Sowjetunion entsprach, ist durchaus begründet. Die Panikmache vor westlichen »Imperialisten«, die Betonung der von den Vereinigten Staaten und der NATO ausgehenden Atomkriegsgefahr – die nicht immer ungerechtfertigt war – und die Zivilverteidigungspropaganda, die die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit eines nuklearen Angriffs lenkte, schürten wahrscheinlich die Ängste der Bevölkerung. Gleichzeitig gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die meisten Menschen viel von dem, was ihnen – aus einem dem westlichen diametral entgegengesetzten Blickwinkel – über den Kalten Krieg erzählt wurde, glaubten und überzeugt waren, dass die Stärke der Sowjetunion ihnen den besten Schutz vor einer Aggression der NATO bot. Deshalb begrüßten die Menschen im Sowjetblock vermutlich die Zurschaustellung von Militärtechnik und nuklearer Schlagkraft – die im Westen als bedrohlich empfunden wurde – als Sicherheitsgarantie gegen die vom Westen, insbesondere von den Vereinigten Staaten, ausgehende Gefahr.

Die große Spaltung durch den Eisernen Vorhang teilte die Einstellung gegenüber der Atomkriegsgefahr ebenso wie vieles andere. Die Gefahr der nuklearen Vernichtung war den beiden Hälften des Kontinents jedoch gemeinsam. Sie bildete den ständigen Hintergrund ihres Lebens, auch wenn die Bevölkerungen – oder ihre Repräsentanten – unterschiedlich auf sie reagierten. In kritischen Zeiten, insbesondere während der Kubakrise von 1962, drängte sie sich in den Vordergrund, zumeist allerdings nur vorübergehend. Die Belege, so schwer sie zu

finden und zu interpretieren sind, deuten jedenfalls nicht darauf hin, dass die Menschen, wie Eric Hobsbawm meinte, wegen der Atom-bombe in »einer Art nervöser Hysterie« lebten.

Zweifellos fand der Gedanke einer Begrenzung des Wettrüstens oder, besser noch, seiner Beendigung, nahezu universelle Zustimmung. Die meisten Menschen befürworteten die nukleare Abrüstung aller Atom-mächte, auch wenn von einigen auch die einseitige Abrüstung gefordert wurde. Als Ende der 1950er Jahre das schreckenerregende Zerstörungspotential der Wasserstoffbombe weithin bekannt wurde und Europa mit der bedrohlichen Berlinkrise konfrontiert war, erhielt die Antiatomwaffenbewegung in allen westeuropäischen Ländern Auftrieb, angefangen mit Großbritannien. Die antisowjetische Propaganda und die vermeintliche Bedrohung durch die Sowjetunion genügten, um einen Großteil der westeuropäischen Bevölkerungen davon zu überzeugen, dass die von ihren Regierungen eingenommene Haltung im Kalten Krieg richtig war. Im Sowjetblock war die Meinungskontrolle der Regime sogar noch erfolgreicher darin, jeden Widerspruch gegen ihre Nuklearpolitik zu unterdrücken und zugleich die offizielle Verpflichtung auf den Frieden zu vermitteln, was durch den unablässigen Hinweis auf gefährliche, kriegsähnliche Bestrebungen der Vereinigten Staaten und der NATO untermauert wurde.

Auch im Osten wollte die Bevölkerung, soweit man dies feststellen kann, idealerweise die weltweite nukleare Abrüstung, wenigstens aber deren Begrenzung. Sowohl in Ost- als auch in Westeuropa besaßen die unterschiedlich organisierten Friedensbewegungen durchaus Sinn für die Realitäten. Die meisten Menschen hatten das Ideal einer vollständig atomwaffenfreien Welt. Aber sie erkannten auch, dass die Atomwaffen, nachdem sie einmal erfunden waren, nicht einfach zur Seite geschoben werden konnten. Sie waren eine Tatsache, und zwar eine schreckenerregende, vor allem wenn man es ihr erlaubte, das Denken zu beherrschen. Deshalb war die Neigung gering, sich mit der Aussicht auf ein nukleares Armageddon zu befassen. Die Menschen verdrängten die nukleare Bedrohung aus ihren Gedanken und führten

ihr Leben einfach weiter, wohl im Bewusstsein der Atomkriegsgefahr, aber in dem festen Willen, sich ihr Leben davon nicht verdunkeln zu lassen, ganz zu schweigen davon, in einen hysterischen Zustand zu verfallen. Die Menschen arrangierten sich mit der Furcht. Die Möglichkeit eines nuklearen Konflikts war, von vorübergehenden Episoden abgesehen, weniger eine unmittelbare Gefahr als vielmehr eine ständig vorhandene Latenz. Dies ermöglichte es den Menschen, mit der Furcht zu leben. Es machte sie, was ihr Überleben in einer Welt, die weiterhin ohne einen Atomkrieg existieren mochte, zu Fatalisten. Manche – wie viele, lässt sich unmöglich sagen – begrüßten das Vorhandensein von Atomwaffen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs sogar, weil sie darin die beste Chance sahen, einen dritten Weltkrieg zu vermeiden. Und zumindest in Westeuropa standen für die Menschen im Allgemeinen andere Dinge im Vordergrund, in erster Linie das Bemühen, das Beste aus dem bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung zu machen, der eine deutliche Erhöhung ihres Lebensstandards mit sich brachte.

ZWEI

DIE HERAUSBILDUNG WESTEUROPAS

Anstatt Einigkeit zwischen den Großmächten – sowohl politischer als auch ökonomischer – gibt es nach dem Krieg eine vollständige Uneinigkeit zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten auf der einen und der übrigen Welt auf der anderen Seite. Kurz, es gibt zwei Welten statt einer.

Charles E. Bohlen, Diplomat, Sowjetexperte und Berater von Präsident Truman, August 1947

Seit Anfang der 1950er Jahre verhärteten sich, nicht zuletzt aufgrund der Konfrontation der Supermächte wegen Korea und der furchteinflößenden Eskalation der nuklearen Zerstörungskraft, die politischen Arterien Europas. Die seit 1945 unaufhaltsam sich vertiefende Spaltung zwischen den politischen Systemen Ost- und Westeuropas weitete sich zu einer unüberbrückbaren Kluft.

In vormodernen Zeiten schon hatten Reisende eine von Norden nach Süden verlaufende Teilung bemerkt, für gewöhnlich entlang der Trennlinie zur orthodoxen Kirche. Und lange vor dem Zweiten Weltkrieg hatte eine Bruchlinie den wohlhabenderen, industrialisierten Norden und Westen vom ärmeren, überwiegend agrarischen Süden und Osten getrennt. Die nach 1945 entstandene Spaltung war jedoch von völlig anderer Art. Der Eiserner Vorhang, der sich bald nach dem Krieg in Europa herabgesenkt hatte, spaltete den Kontinent in zwei unversöhnliche politische Systeme, die einander feindlich gegenüber-

standen und unvereinbare Ideologien vertraten, was wiederum hieß, dass die Ökonomien, Gesellschaften und Mentalitäten sich auf völlig unterschiedliche Weise entwickelten.

Heute, da diese Zeit immer weiter in die Vergangenheit rückt, erscheint die Spaltung zunehmend surreal. Die Generationen, die Europa nur in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges kennen, können nicht nachempfinden – selbst wenn sie es abstrakt verstehen –, was es für Westeuropäer bedeutete, von Hauptstädten wie Warschau, Prag und Budapest abgeschnitten zu sein, oder für Mittel- und Osteuropäer, nicht nach Paris, Rom oder London reisen zu können. Die beiden Teile Europas waren nicht nur physisch voneinander getrennt; wenn man auf die jeweils andere Seite gelangte, betrat man eine völlig andere Welt mit einer ebenso einschüchternden wie merkwürdigen Atmosphäre, die einem ein Gefühl des Befremdens, der Beunruhigung und Verlorenheit einflößte.

Der Kalte Krieg bestimmte die neue Geographie. Neutrale Länder gehörten zwar zu keiner der beiden Verteidigungsorganisationen – NATO und Warschauer Pakt –, konnten es aber in Wirklichkeit nicht vermeiden, als Teil des »Westblocks« (wie Österreich und Finnland) oder des Ostblocks (wie Jugoslawien) betrachtet zu werden. Griechenland und die Türkei galten trotz ihrer geographischen Lage als Teil des »Westens«, während ihre Nachbarn auf dem Balkan dem »Osten« zugerechnet wurden. Auch Spanien und Portugal, obwohl sie in einer Zeitschleife verharrende Diktaturen waren, wurden wegen ihres vehementen Antikommunismus und ihrer strategischen Bedeutung als Brücke zwischen Atlantik und Mittelmeer ebenfalls als Teil des »Westens« angesehen.

Die beiden durch den Eisernen Vorhang getrennten Blöcke waren jedoch keineswegs monolithisch. Die Blockeinteilung änderte nichts daran, dass Europa eine Ansammlung von Nationalstaaten war. Der Nationalstaat bildete die anerkannte Grundlage der politischen Organisation und Identität. Insofern hatte der Zweite Weltkrieg trotz der beispiellosen Zerstörung, die er mit sich gebracht hatte, alles beim

Alten gelassen. Mit einem gravierenden Unterschied: Die meisten östlichen Nationalstaaten waren am Ende des Ersten Weltkriegs neu geschaffen worden und hatten sich politisch häufig am Westen orientiert. Die meisten westlichen Staaten hatten eine längere und manchmal sogar eine extrem lange Geschichte hinter sich. Die nationalen Identitäten, historischen Verankerungen, Traditionen, Kulturen und politische Entwicklungen hatten den Kontinent zu tief geprägt, als dass die Nationalstaaten leicht oder rasch in supranationalen Strukturen hätten aufgehen können. Der Sowjetkommunismus hatte es nicht vermocht, Jugoslawien – das selbst erst seit einer Generation ein Nationalstaat war – auf Linie zu bringen. Und andere Ostblockländer waren, wie insbesondere Polen und Ungarn bald zeigen sollten, bereit, für ihre nationalen Interessen zu kämpfen und dem Druck Moskaus zu widerstehen – auch wenn sie anerkennen mussten, dass die Macht letztlich aus den Kanonenläufen sowjetischer Panzer kam. Die militärische Macht verdammt Angriffe auf die sowjetische Vorherrschaft zum Scheitern. Nachdem sich der sowjetische Griff zwischen 1953 und 1956 zu lockern schien, festigte er sich danach wieder unerbittlich und sollte mehr als drei Jahrzehnte eisern halten.

Der unterschiedliche Charakter der westeuropäischen Nationalstaaten, ihre jüngste Geschichte und die hervorstechenden Merkmale ihrer politischen Kultur: All dies sorgte dafür, dass die politische Entwicklung im Westen weit weniger gleichförmig verlief als östlich des Eisernen Vorhangs. Dennoch gab es Gemeinsamkeiten über nationale Grenzen hinweg. Der destabilisierende Druck der Zwischenkriegszeit war fortgefallen. Faschismus und Nationalsozialismus wurden nur noch von verschwindend kleinen Minderheiten unterstützt, und nach Beginn des Kalten Kriegs verlor auch der Kommunismus an Popularität; seine revolutionäre Alternative zur liberalen Demokratie sprach, abgesehen von einer Minderheit – die in Italien, Frankreich und Finnland zwar beachtlich, sonst aber vernachlässigbar war –, die Menschen nicht an.

Im Westen waren die politischen Restriktionen weniger offensichtlich als im Sowjetblock, aber es gab sie, überwiegend als Folgen des Kalten Krieges. Der amerikanische Einfluss, der vor allem von der Notwendigkeit, Westeuropa zu einem stabilen Bollwerk gegen den Kommunismus zu machen, bestimmt wurde, war ein entscheidender einigender Faktor. Durch das atlantische Verteidigungsbündnis, das zu einem guten Teil ein Instrument der US-Außenpolitik in Europa war, wurden internationale Bindungen geschaffen und gestärkt. Welche Unterschiede die politischen Systeme in Westeuropa auch aufwiesen, der Antikommunismus bildete das einigende ideologische Band.

Ein gewisser Zwang zu politischer Annäherung der westeuropäischen Länder ging auch von den Erfordernissen ihrer rasch wachsenden Marktwirtschaften aus (siehe Kapitel vier). Die Sonderinteressen einzelner Länder stellten stärker als in Osteuropa ein erhebliches Hindernis für eine supranationale Politik dar, die in Fragen der Sicherheit mit der nationalen Politik in Konkurrenz zu treten oder diese sogar zu ersetzen drohte. In dieser Hinsicht besonders empfindlich waren die beiden Vorkriegsgroßmächte und Kriegsgewinner Großbritannien und Frankreich. Doch die Regierungen in Westeuropa sahen sich alle dem gleichen Druck ausgesetzt; zudem hatten sie, was ihre Ziele und Politiken betraf, vieles gemeinsam. Manches davon drängte in Richtung einer größeren Integration, zunächst zumindest einer ökonomischen. Dies führte zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zu der sich Frankreich, Italien, Westdeutschland und die Beneluxstaaten 1957 durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge zusammenschlossen.

Internationaler und ökonomischer Druck bewirkten in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, dass Westeuropa, trotz aller nationalen Unterschiede, zu einer erkennbaren politischen Einheit zusammenwuchs, die etablierte Grundsätze der liberalen Demokratie teilte, auf immer stärker miteinander verflochtenen kapitalistischen Ökonomien beruhte und weit engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unterhielt als die einzelnen Länder vor dem Krieg. Eine andere recht

dramatische Entwicklung, die in dieser Zeit gewissermaßen über den Halbkontinent hereinbrach, war die Dekolonisation. Die westeuropäischen Kolonialmächte hörten auf, welche zu sein – abgesehen von Portugal, das seine Kolonien noch eine Zeitlang behielt. Der Krieg hatte den europäischen Imperialismus in die Defensive gedrängt, aber intakt gelassen, und die einstigen Großmächte Frankreich und Großbritannien hatten nicht die Absicht besessen, ihren immensen Kolonialbesitz aufzugeben. Dennoch war er zwei Jahrzehnte nach dem Krieg, bis auf ein paar kleine Reste, verloren. Das Tempo des Verlusts markierte einen tiefgreifenden Wandel mit weitreichenden Folgen nicht nur für die frisch unabhängig gewordenen Staaten, sondern auch für das politische Bewusstsein der früheren Kolonialmächte und deren internationale Stellung. Auf lange Sicht bedeutete dies auch, dass Westeuropa die Konsolidierung seiner eigenen politischen, ökonomischen und kulturellen Identität in den Vordergrund rückte. Expansionistische Bestrebungen, ob nun in Übersee oder innerhalb Europas, gehörten der Vergangenheit an.

Die konsolidierte Demokratie

In den 1950er Jahren gab es in der Westhälfte des europäischen Kontinents sieben konstitutionelle Monarchien (Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Norwegen, Schweden und Griechenland), ein Großherzogtum (Luxemburg) und zehn Republiken (Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Österreich, die Schweiz, die Türkei und Westdeutschland sowie Spanien und Portugal, die beide bis in die 1970er Jahre autoritär regiert wurden). Hinzu kamen mehrere unabhängige Kleinststaaten: die aus der Feudalzeit übriggebliebenen Fürstentümer Andorra, Liechtenstein und Monaco, die uralte kleine Republik San Marino (wo zwischen 1945 und 1957 die Kommunisten an der Regierung beteiligt waren) und der Vatikanstaat (dessen Unabhängigkeit durch den Lateranvertrag von 1929 garantiert wurde). Malta

sollte erst 1964 von Großbritannien unabhängig werden. Gibraltar ist bis heute ein britisches Überseegebiet.

Selbst geographisch war Westeuropa nicht mehr als ein lockeres Konglomerat von Nationalstaaten. Ein politisches Konzept, das es vereinte, gab es vor dem Kalten Krieg schon gar nicht. Es wurde schrittweise geschaffen, nahm aber schon 1949 Gestalt an: Es bildete sich eine Gruppe auf Rechtsstaatlichkeit und internationaler Kooperation beruhender liberaler Demokratien, die sich aufgrund gemeinsamer Interessen, insbesondere auf dem Gebiet der Verteidigung, institutionell miteinander verbanden. Am Anfang dieser Gemeinschaft stand die gemeinsame Zugehörigkeit zu der von den Vereinigten Staaten angeführten antisowjetischen Allianz, die im April 1949 durch die Gründung der NATO zementiert wurde.

Im selben Jahr fanden sich zehn Länder (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden – mit Ausnahme Schwedens allesamt NATO-Mitglieder) mit dem Ziel, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu fördern – auf der Grundlage der im Dezember 1948 von den Vereinten Nationen beschlossenen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte –, im Europarat zusammen. Etwas mehr als ein Jahr später kamen Griechenland, die Türkei, Island und Westdeutschland hinzu. Bis Mitte der 1960er Jahre traten ferner Österreich (1956), Zypern (1961), die Schweiz (1963) und Malta (1965) bei. Der erste große Schritt, den der Europarat unternahm, war die Annahme der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten im Jahr 1950 (in Kraft getreten 1953), die unter anderem die Gründung eines Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vorsah (der sich 1959 konstituierte), um den Europäern die Möglichkeit zu geben, gegen Verletzungen der Konvention durch Mitgliedsstaaten vorzugehen. Mit Hilfe der Konvention sollten eine Wiederholung des grotesken Angriffs auf die Menschlichkeit, der im Zweiten Weltkrieg stattgefunden hatte, verhindert und der politischen Entwicklung ein anderer Rahmen gege-

ben werden als es derjenige tat, der im sowjetisch beherrschten Osteuropa entstand.

Die entscheidende Entwicklung in den 1950er und frühen 1960er Jahren war die – direkt oder indirekt von amerikanischer Militär- und Finanzhilfe unterstützte – Verankerung der liberalen Demokratie in den meisten westeuropäischen Ländern. Ohne dieses Fundament hätte die Freiheit, die bald von dem außerordentlichen, lang anhaltenden Wirtschaftswachstum der 1950er und 1960er Jahre profitieren sollte, nicht gedeihen können. Es war ein klarer Beleg für das Primat der Politik.

In einem großen Teil des Südrands von Westeuropa gab es indes entweder keine Demokratie, oder diese hatte mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die überragende Bedeutung, die man der Verteidigung gegen den Kommunismus beimaß, machte es jedoch erforderlich, dass die USA (und andere westliche Staaten) auch diese Länder unterstützten, obwohl dies repressiven Regimen oder Ländern zugutekam, in denen die Demokratie mehr mit Worten als mit Taten aufrechterhalten wurde.

Die Schwäche der Demokratie in Südeuropa hatte tiefreichende Wurzeln. Die Türkei, Griechenland, Portugal und in geringerem Maß das stärker industrialisierte Spanien hatten vor dem Zweiten Weltkrieg zu den ärmsten Ländern Europas gehört. Der Wohlstand war (und blieb auch nach dem Krieg) in den Händen kleiner, mächtiger Eliten konzentriert, während ein großer Teil der Bevölkerung, der immer noch von der Landwirtschaft abhing, in Armut lebte. Wo es pluralistische Politik gab, war sie klientelistisch. In politischen Systemen, in denen einander unversöhnlich gegenüberstehende Sektoren ideologisch gespaltenen Gesellschaften um die Macht kämpften, hatte sich noch stets das Militär als dominante Kraft herausgestellt. Politische Gewalt war an der Tagesordnung, und Autoritarismus der einen oder anderen Art herrschte vor oder lag zumindest nie allzu tief unter der Oberfläche. In Portugal und Spanien stellte sich zudem die katholische Kirche mit ihrem beträchtlichen Einfluss hinter ein repressives,

rechts-autoritäres Regime. Während des Krieges hatte Griechenland durch die deutsche Besatzung enorme Zerstörungen und Menschenverluste erlitten, und von 1946 bis 1949 folgte ein ruinöser, entsetzlich brutaler Bürgerkrieg. Die Türkei, Portugal und Spanien hatten durch ihre Neutralität während des Krieges Verwüstungen vermieden. Alle drei Länder wurden jedoch seit längerer Zeit autoritär regiert: die Türkei seit 1925, als sie unter Mustafa Kemal Pascha (Atatürk) als Nationalstaat geschaffen wurde, in Gestalt eines Einparteienregimes; Portugal seit einem Militärputsch im Jahr 1926 und Spanien, seitdem die Nationalisten 1939, den Sieg in einem verheerenden Bürgerkrieg davongetragen hatten.

Das Brimborium von General Francisco Francos atavistischer Diktatur hielt die Vereinigten Staaten nicht davon ab, Spanien als Teil des westlichen antikommunistischen Verteidigungsschirms willkommen zu heißen. In der Tat waren die schlimmsten Auswüchse von Francos grausamem Rachefeldzug gegen seine sozialistischen und kommunistischen Bürgerkriegsgegner Mitte der 1940er Jahre vorüber. Aber Spanien blieb ein extrem armes Land. Als Gerald Brenan, der vor dem Krieg in Spanien gelebt hatte, 1949 in das Land zurückkehrte, war er betroffen von der tiefen Armut, die er überall antraf. Er fand das Land »korrupt und verfault, und die Lebensbedingungen sind so schlecht, dass, mit Ausnahme von ein paar Schwarzmarktschiebern, alle den Umbruch wollen. Eine Revolution wird hier jedoch nicht stattfinden. Die Polizei und die Armee verhindern das und werden es auch künftig verhindern. Sie sind die einzige solide, verlässliche Einrichtung in diesem maroden Regime.« Über ein weiterhin tief gespaltenes Land war ein Schleier nationaler Einheit gelegt worden. Die besiegten Linken, insbesondere in den Industrieregionen Kataloniens, Asturiens und des Baskenlandes, waren gezwungen, sich einer reaktionären, repressiven Diktatur zu fügen, die von einer schmalen herrschenden Schicht, der Wirtschaftselite, der katholischen Kirche und dem zahlenmäßig aufgeblähten Offizierskorps der Armee getragen wurde. Spaniens Aufnahme in die NATO wurde durch den Widerstand der

Linken in anderen europäischen Ländern verhindert. Aber die Vereinigten Staaten sicherten sich 1953 vertraglich Marine- und Luftstützpunkte in Spanien, das im Gegenzug Militärhilfe erhielt. Ende der 1950er Jahre begann Spanien, mittlerweile anerkanntes Mitglied von Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Allgemeinem Zoll- und Handelsabkommen (GATT), seine Wirtschaft zu liberalisieren und das Potential des Tourismus für sich zu nutzen, indem es Nordeuropäer überzeugte, einen Teil ihres wachsenden Einkommens beim Urlaub in der spanischen Sonne auszugeben.

Vorläufig konnte das Regime, obwohl es immer anachronistischer wurde, mit der ökonomischen Modernisierung leben und von ihr profitieren. Aber seine Tage waren gezählt. Als Ende der 1960er Jahre die Wachstumsraten der Wirtschaft in die Höhe schossen, erlebte das traditionell regimetreue ländliche Kernland aufgrund der Abwanderung von Arbeitskräften in die Städte und in stärker prosperierende Wirtschaftssektoren einen Niedergang. Und als die Industriearbeiter erkannten, dass ihre Verhandlungsmacht selbst unter repressiven Bedingungen zunahm, forderten sie mit neuer Militanz den autoritären Staat und seine rigiden Vorschriften heraus.

Portugal, eines der ärmsten und am weitesten zurückgebliebenen Länder Europas, wurde seit 1932 von António de Oliveira Salazar regiert, einem früheren Wirtschaftsprofessor an der Universität von Coimbra. Die ideologische Basis seines Regimes bestand aus wenig mehr als dem Glauben an die Nation, einem starken Antikommunismus, der leidenschaftlichen Verteidigung traditioneller katholischer Werte und dem Festhalten am portugiesischen Kolonialreich (dem ältesten überhaupt). Das Beharren auf dem mit harter Hand verwalteten Kolonialbesitz schien zunächst ein Hindernis für US-Hilfen zu sein. Aber die Strategie des Kalten Kriegs überwog alle Bedenken. Portugal erhielt Marshallplanmittel und gehörte 1949 zu den Gründungsmitgliedern der NATO. Ausschlaggebend für die Aufnahme in die NATO war die strategische Bedeutung der Azoren für die Vereinigten Staaten im Kalten Krieg. Anfang der 1960er Jahre bedeutete

dies für die USA, die grundsätzlich die antikolonialen Bewegungen in Afrika unterstützten, über das Vorgehen der Portugiesen gegen die angolanischen Rebellen hinwegzusehen.

Die Militär- und Finanzhilfe für Griechenland und die Türkei, die US-Präsident Truman 1947 im Rahmen seiner »Doktrin« zur Verteidigung »freier Nationen« gegen den Kommunismus zugesagt hatte, bildeten für die türkische Elite einen großen Anreiz, Schritte in Richtung Demokratie und Liberalisierung der Wirtschaft zu unternehmen. 1950 war die Türkei Mitglied sowohl der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) als auch des Europarats und hatte vom Marshallplan profitiert. Im selben Jahr stellte sie als eines der ersten Länder ein Kontingent für die UN-Expeditionstruppen in Korea bereit und ebnete damit den Weg für ihren NATO-Beitritt, der zwei Jahre später erfolgte und mit großem Jubel aufgenommen wurde, da die Türkei jetzt sowohl mit militärischer Unterstützung des Westens gegen jede sowjetische Aggression als auch mit amerikanischen Finanzhilfen rechnen durfte.

Das 1946 in der Türkei eingeführte pluralistische politische System war jedoch nur oberflächlich demokratisch. Und als das Land in den späten 1950er Jahren in zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, griff die Regierung zu immer illiberaleren und repressiveren Mitteln, bis sie 1961 vom Militär gestürzt wurde. Obwohl bald wieder pluralistische Verhältnisse eingeführt wurden, blieb der Einfluss des Militärs im Hintergrund ständig präsent, und ein Jahrzehnt später folgte ein zweiter, politisch weiter rechts stehender und streng antikommunistischer Putsch. Doch trotz zweifelhafter Demokratiefähigkeit konnte die Türkei aufgrund ihrer strategischen Lage stets auf die Unterstützung der USA bauen.

Wie die Türkei spielte auch das tief gesplante und von Armut geplagte Griechenland eine entscheidende Rolle in der Verteidigungsstrategie der NATO im Kalten Krieg. Das Land hing in erheblichem Ausmaß von amerikanischer Hilfe ab, einschließlich derjenigen für die streng antikommunistischen Streitkräfte und sonstigen Sicher-

heitsorganisationen. Die komplexe Innenpolitik Griechenlands war stark geprägt von der tiefen Kluft zwischen der sozialistischen Linken – die Kommunistische Partei war inzwischen verboten – und der konservativen Rechten, von der historischen Feindschaft gegenüber der Türkei (obwohl sich die beiderseitigen Beziehungen in den 1950er Jahren etwas verbesserten) sowie von den anhaltenden Spannungen in der britischen Kolonie Zypern, wo die Mehrheit der Bevölkerung den Anschluss an Griechenland befürwortete, während die türkische Minderheit eine Teilung der Insel anstrebte. Mit ihrer entschieden antikommunistischen Einstellung sicherten die politischen Führer Griechenlands dem Land trotz seines häufig undurchsichtigen, korrupten Parlamentssystems die amerikanische Unterstützung. Als die Regierung Mitte der 1960er Jahre in Turbulenzen geriet, wurde sie 1967 schließlich vom Militär gestürzt, das bei den im selben Jahr vorgesehenen Wahlen einen Linksruck befürchtet hatte, der dem Kommunismus Tür und Tor geöffnet hätte.

Abgesehen vom politisch und sozioökonomisch zurückgebliebenen Südrand des Kontinents konnte sich die liberale Demokratie in ihren verschiedenen Ausprägungen in den 1950er Jahren in Westeuropa jedoch mehr als je zuvor als allgemein anerkanntes Rahmenwerk der Gesellschaft etablieren. In einigen Ländern, insbesondere in Großbritannien, Frankreich, den skandinavischen Staaten, den Niederlanden und der Schweiz, war die Demokratie schon seit langem verwurzelt, wie drastisch die Unterbrechung durch die deutsche Besetzung während des Zweiten Weltkriegs auch gewesen sein mochte. Für die Zukunft Europas entscheidend war jedoch, dass sich die Demokratie in den 1950er Jahren in den ehemaligen Achsenländern – Italien, Österreich und vor allem Westdeutschland –, die zuvor den Frieden in Europa zerstört hatten, festigte.

Dies war ein bedeutender Fortschritt nicht nur gegenüber den turbulenten Zwischenkriegsjahren, sondern auch gegenüber der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der zwangsläufig weiterhin große politische Unruhe geherrscht hatte. Damals war es durchaus nicht sicher,

dass der Neuaufbau der Parteien und die Wiederherstellung eines pluralistischen politischen Systems gelingen würden. Anfangs sah es so aus, als könnte die Linke vom Prestige ihres Widerstands während des Krieges profitieren. Aber als sich der Eiserne Vorhang herabsenkte, gewannen konservative Parteien an Boden, und bis Mitte der 1960er Jahre triumphierten sie in fast ganz Westeuropa.

Die bedeutendste Ausnahme vom Muster der konservativen Dominanz war Skandinavien, wo schon vor dem Krieg eine eigenständige soziale und politische Entwicklung eingesetzt hatte, die durch den Krieg nicht beendet, sondern lediglich unterbrochen worden war und sich nach seinem Ende fortgesetzt hatte. Schon vor dem Krieg war der entscheidende Faktor die auf der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen beruhende Bereitschaft gewesen, eine Grundlage für die Kooperation sowohl zwischen Arbeit und Kapital als auch zwischen den Repräsentanten der sozialdemokratischen und der Agrarparteien zu finden. Das relativ große Maß an Konsenspolitik blieb auch nach dem Krieg bestehen. Wahrscheinlich spielte bei der kulturellen Unterfütterung des skandinavischen Sonderweges auch der geographische Abstand vom größten Teil des europäischen Kontinents eine Rolle. Dem gesellschaftlichen Zusammenhalt förderlich waren zudem sicherlich die relativ geringe Bevölkerungsgröße – in ganz Skandinavien lebten 1950 nicht mehr als rund 20 Millionen Menschen – und die überschaubare Zahl an urbanen und industriellen Zentren. Vor allem aber funktionierte das Modell. Trotz aller Unterschiede der inneren Entwicklung in Schweden, Norwegen und Dänemark trugen die Kompromisse, die der Konsenspolitik zugrunde lagen, dazu bei, dass Skandinavien von einem relativ armen Teil Europas zu einer der wohlhabendsten Regionen des Kontinents wurde. Ein Meilenstein auf dem Weg dorthin war die Gründung des Nordischen Rats im Jahr 1952 durch die genannten drei Länder und Island (Finnland trat 1955 bei), der die Visafreiheit zwischen den Mitgliedsländern einführte und den Rahmen für einen gemeinsamen Arbeitsmarkt schuf. Der Aufschwung in Skandinavien profitierte wie anderswo auch von dem außergewöhnlichen Wirt-

schaftswachstum im gesamten Nachkriegseuropa. Ein Merkmal der skandinavischen Entwicklung war jedoch (mit nationalen Unterschieden) das mit hohen Steuern bezahlte dichte Netz von Sozial- und Fürsorgeleistungen, das von stabilen Regierungen durchgesetzt wurde, die nicht, wie sonst im Nachkriegseuropa zumeist üblich, von Konservativen dominiert wurden, sondern von Sozialdemokraten.

Finnland war ein spezieller Fall, da es durch seine Nähe zur Sowjetunion zu besonderer Vorsicht gezwungen war. Zwar arbeitete es mit den anderen skandinavischen Ländern zusammen, bewahrte aber wie Schweden seine Neutralität und vermied es, Teil des westlichen Blocks zu werden – es schloss sich nicht der NATO an und trat erst 1989 dem Europarat bei. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten blieb Finnland das ärmste Land Skandinaviens; politisch war es in vier große Blöcke geteilt – Sozialdemokraten, Agrarier, Kommunisten und Liberal-Konservative –, von instabilen Regierungen (zwischen 1945 und 1966 waren es 25) ebenso geprägt wie von einem großen Anteil kommunistischer Wähler (rund 20 Prozent). Im Gegensatz dazu waren die Kommunisten etwa in Schweden mit einem Stimmenanteil von 5 Prozent eine vernachlässigbare Größe, während die Sozialdemokraten mit rund 45 Prozent in den gesamten Nachkriegsjahren die vorherrschende politische Kraft bildeten. In Finnland trug sowjetischer Druck dazu bei, dass die Sozialdemokraten bis Mitte der 1960er Jahre in den Regierungen kaum eine Rolle spielten. Es war jedoch unvermeidlich, dass Finnland mit seinem den anderen skandinavischen Ländern ähnlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem nach und nach in den westlichen Orbit geriet, während es sich von einem armen Agrarland zu einem technologisch fortgeschrittenen Land mit hohem Lebensstandard entwickelte.

Auch Irland am westlichen Rand Europas folgte in mancher Hinsicht nicht dem allgemeinen politischen Trend des Kontinents. Für die politische Orientierung war dort nicht, wie sonst üblich, die Klassenzugehörigkeit entscheidend. Besonders im Süden wirkte noch der Bürgerkrieg von 1922/23 nach. Ideologisch unterschied sich

Fianna Fáil, die dominierende Regierungspartei, kaum von der größten Oppositionspartei, Fine Gael, die nur in Koalition mit kleineren Parteien und jeweils nur für kurze Zeit an die Regierung gelangte. Anstelle von ausgeprägten politischen Vorstellungen waren häufig lokale Patronage und Familienbeziehungen der Schlüssel zur Macht. Es gab zwar eine sozialdemokratische Partei, aber wie auch Sinn Féin – die kompromissloseste Stimme des Kampfs für die Einheit Irlands – besaß sie nur eine kleine Anhängerschaft. Am offensichtlichsten war die – von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung (deren Kirchenbesuch alle anderen westeuropäischen Länder übertraf) gutgeheißene – politische und gesellschaftliche Dominanz der katholischen Kirche, die in dem immer noch überwiegend agrarischen Land die Sozialfürsorge, Bildung und öffentliche Moral prägte. Selbst als man ab Mitte der 1950er Jahre mit neuen Initiativen daranging, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, blieb die Republik Irland ein europäischer Nachzügler.

Auch in Nordirland war die Teilung der Insel eine entscheidende Determinante des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Die Bevölkerung der sechs Countys der Provinz Ulster war entlang einer apartheidähnlichen Trennlinie gespalten in eine protestantische Mehrheit, die in unerschütterlicher bis fanatischer Treue zur britischen Krone hielt, und eine katholische Minderheit, die in Bezug auf Wohnung, Bildung, Arbeit und in den meisten anderen Lebensbereichen benachteiligt war und häufig über die Grenze auf die Republik Irland schaute, um sich ihrer Identität zu vergewissern und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu nähren. Die Ulster Unionist Party (UUP) war bei Wahlen unschlagbar und sicherte die Vorherrschaft der Protestanten in der Provinz, indem sie regelmäßig über zwei Drittel der Wählerstimmen gewann. Diese Dominanz begann erst unter den sich rasch verändernden und immer verworreneren Verhältnissen seit Mitte der 1960er Jahre zu bröckeln.

In den meisten westeuropäischen Ländern vollzog sich die Konsolidierung der Demokratie auf konventionellere Weise in Form einer

